Breslauer Zeitung.

Die Expedition ist Herrenstrasse Nr. 20.

№ 273 — Dinstag den 21. November — 1848.

Das am gestrigen Morgen (Montag) erschienene Extrablatt der Breslauer Zeitung ist dem königl. Ober-Postamte und den Commanditen zur sofortigen Versendung und Ausgabe an die Abonnenten gestern von uns übergeben worden. Breslau, den 21. November 1848. Die Expedition der Breslauer Zeitung.

Schlesische Chronik.

Heute wird Nr. 92 des Beiblattes der Breslauer Zeitung „Schlesische Chronik" ausgegeben. Inhalt: 1) Die Bedeutung der fünf Forderungen der Demokratie für die Gegenwart. 2) Die Hoheitsrechte und die Volkssouveränetät. 3) Korrespondenz aus Breslau, Gr.-Glogau.

An die Abonnenten der stenogr. Berichte der Verhandlungen der National-Versammlungen in Berlin u. Frankfurt a. M. Heute erscheint der 7—11. (637—641.) Bogen des 22. Abon. v. 30 Bog. Berlin Bg. 292—294. Frankf. Bg. 346. 347.

In Folge meiner Erklärung vom 17. November hat das königliche Staats-Ministerium mich aufgefordert, meine Amtsthätigkeit einzustellen und die Geschäfte des Ober-Präsidiums der Provinz Schlesien dem Regierungs-Präsidenten von Schleinitz zu Liegnitz zu übergeben. Ich leiste dieser Aufforderung Folge mit dem Bewußtsein, in allen Beziehungen meines Amtes stets nach Pflicht und Gewissen gehandelt und mit allen Kräften das Wohl der Provinz erstrebt zu haben.

Breslau, den 20. November 1848.

Pinder.

K Breslau, 20. November.

Wenn das Ministerium Brandenburg daraus, daß der Aufruhr, den es zu provoziren nicht unterlassen hat, noch nicht in hellen Flammen ausgebrochen ist, einen Schluß auf seine Lebensfähigkeit ziehen wollte, so dürfte es sich schwer täuschen. Jeder Sieg des Ministeriums vergrößert nur die Last seiner Verantwortung und unterhöhlt immer mehr den Boden, auf dem es steht. Denn jeder Sieg des Ministeriums ist ein neuer Akt der Gewalt, ein neues Beispiel zu der alten Regel, daß Gewalt über Recht geht. Die Lehre wird einschlagen und furchtbare Früchte tragen. Was jetzt durch eine eherne Kette von Truppen zusammengeschnürt und geknebelt wird, ist bereits kein Staat mehr, es ist schon die Anarchie. Ein Staat kann nicht bestehen ohne die Anerkennung des Gesetzes. Wenn aber die Bürger in überwiegender Mehrzahl das, was man ihnen als gesetzliche Ordnung aufdrängen will, sich anzuerkennen weigern, wenn sie sich nur knirschend fügen, weil und so weit die Gewalt sie dazu zwingt, wenn die Auflehnung gegen das, was als Gesetz gelten soll, von der öffentlichen Stimme nicht mehr als Verbrechen gebrandmarkt, sondern als Heldenmuth und Bürgertugend gefeiert wird, dann sind die Bande zerrissen, welche naturgemäß den Staat zusammenhalten sollen und allein können und keine Macht wird seinen Zusammensturz zu verhindern im Stande sein.

In diesen Zustand der Auflösung und des Zerfalens führt uns aber das Ministerium mit jedem Tage tiefer hinein, und wenn das Volk auch aus diesem Abgrunde durch seine innere Kraft sich wieder herausarbeiten wird, das Ministerium wird es sicher verschlingen.

Bis jetzt hat die Gewaltherrschaft sich in der Hauptsache noch auf Berlin beschränkt und nur durch die Uebermacht der Truppen hat sie diese einzige Stadt unter ihr Joch beugen können. In dem Augenblick, wo diese Uebermacht nicht mehr stark genug ist, stürzt das ganze Gebäude sogenannter gesetzloser Ordnung wieder zusammen. Aber wie in Berlin muß das Ministerium im ganzen Lande verfahren, wenn es sich halten will, denn überall ist nur die Gewalt im Stande, den Anordnungen Folge zu verschaffen und den gerechten Widerstand niederzuhalten.

Was ist das aber für ein Zustand, den wir seit länger als einer Woche durchleben, wo die Truppen als die Diener der Regierung einerseits, und die Bevölkerung andererseits wie zwei lauernde Tiger einander gegenüberstehen, den Augenblick erspähend, wo sie über einander herfallen können, um sich gegenseitig zu vernichten? Welchen Namen sollen wir einer Regierung geben, welche die Kinder eines und desselben Volkes in eine solche Stellung setzt? Wie lange glaubt man denn, diese beiderseitige Bewachung durchführen zu können? Wie lange glaubt man denn, daß die Truppen diese steten Nachtwachen, diese immerwährende Hetzjagd aushalten werden? Wie lange glaubt man denn, daß das Land es ertragen wird, wenn die Hälfte der arbeitsfähigen Männer dem heimischen Heerde entzogen und in Müßiggang ernährt wird, und das Alles nur, um die andere Hälfte zu bewachen?

Noch ist kein blutiger Zusammenstoß erfolgt, noch hat man nicht erproben können, wie weit die Disciplin die Menschlichkeit zu ersticken im Stande ist? Wie nun, wenn der einzige Anker zerreißt, an den das Ministerium sich klammert? Wie nun, wenn die Disciplin im Heere durch die unnatürliche Stellung, in welche das Ministerium es zwängt, endlich auch zu wanken beginnt? Ein einziger Riß in diesen Mechanismus kann Folgen haben, vor denen das Ministerium erzittern wird.

Wenn nun aber der Widerstand gegen die Regierungswillkür auch in die eigenen Organe der Regierung sich verpflanzt, wenn die bereits gegebenen Beispiele andere nach sich ziehen, wenn die Gerichte selbst das, was das Ministerium gesetzliche Ordnung zu nennen beliebt, als Gesetzlosigkeit bezeichnen und ihre Mitwirkung zur Aufrechthaltung dieser Zwangsordnung versagen, steht da nicht zu erwarten, daß auch im Heere allmählig Zweifel erwachen werden über die Rechtmäßigkeit einer Gewalt, zu deren Aufrechthaltung es seine eigenen Brüder knechten soll? Und wenn so die Organe der Regierung täglich unsicherer werden, der Haß des Volkes gegen dieselbe aber täglich steigt, wenn das Gesetz des Zaubers seiner Heiligkeit immer mehr entkleidet wird, wie leicht kann da ein einziger Windstoß das ganze künstliche Gebäude in Trümmer werfen!

Preußen.

Berlin, 18. Novbr. Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: Aus Anlaß des hundertjährigen Bestehens des Invalidenhauses bei Berlin in demselben dem Oberst-Lieutenant v. Köller den rothen Adler-Orden vierter Klasse, dem Oberst-Lieutenant von dem Knesebeck den St. Johanniter-Orden, dem evangelischen Prediger Seidig und dem Rendanten, Lieutenant außer Diensten Schmidt, den rothen Adler-Orden vierter Klasse; so wie dem Schullehrer und evangelischen Küster Kersten, dem Sergeanten Christian Wanschap, den Invaliden Michael Simke, Friedrich Grosch, Christian Soldansky und Martin Friedrich Drese das allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen.

Berlin, 19. November. Der Staats-Anzeiger enthält folgende Bekanntmachung:

Es wird der königlichen Regierung schon bekannt geworden sein, daß von Seiten desjenigen Theils der zur Verfassungs-Vereinbarung einberufenen Versammlung, welcher, die Botschaft Sr. Majestät wegen der Verlegung nach Brandenburg unbeachtet lassend, ohne Theilnahme der Vertreter der Krone ihre Zusammenkünfte hier fortgesetzt hat, nächst Anderem auch der Beschluß gefaßt worden ist, daß bis zur Zurücknahme der von der Regierung getroffenen Maßregeln alle und jede Steuerzahlung zu verweigern sei.

Wenn auch vorauszusetzen ist, daß dem gesunden Sinne des Landes die formelle und materielle Ungültigkeit eines Schrittes wohl einleuchten wird, der in seinen weiteren Folgen das ganze Land in einen Zustand völliger Gesetzlosigkeit und in unabsehbare Verwirrung stürzen würde, so halten wir uns dennoch verpflichtet, die königliche Regierung darauf aufmerksam zu machen, daß, wenn und wo sich wider Verhoffen irgend eine Verwirklichung des vorgedachten Aufrufs kundgeben sollte, hiergegen ohne Verzug und nöthigenfalls, wenn eine vorgängige Belehrung über die schweren strafrechtlichen Folgen einer solchen Widersetzlichkeit fruchtlos bleibt, mit Anwendung der strengsten Zwangsmittel einzuschreiten ist. Die sämmtlichen Truppen-Befehlshaber sind angewiesen, den desfallsigen Requisitionen der königlichen Regierung und der von ihr für diesen Zweck zu bezeichnenden Kommissarien zu genügen.

Dabei aber bleibt der königlichen Regierung ganz besonders empfohlen, dafür zu sorgen, daß die wegen eingetretener Widersetzlichkeit anzuordnenden Zwangsmaßregeln nicht auf die Beitreibung solcher Steuerbeiträge ausgedehnt werden, welche nur wegen des Unvermögens der Steuerpflichtigen in Rückstand geblieben sind, indem es, wenngleich die dermaligen bedeutenden Ausgaben der Staatskasse den pünktlichen und unverkürzten Eingang der Steuern sehr wünschenswerth erscheinen lassen, dennoch ganz außer der Absicht liegt, die Rücksichten der Schonung und Milde gegen bedrängte oder durch Unglücksfälle betroffene Steuerpflichtige außer Augen gesetzt zu sehen. Diesem entsprechend, werden daher auch die durch anzuordnende außergewöhnliche Zwangsmaßregeln verursachten Kosten nur auf diejenigen Steuerpflichtigen zu vertheilen sein, welche die schuldigen Steuerzahlungen aus Widersetzlichkeit nicht geleistet haben.

Berlin, den 18. November 1848.

Das Staats-Ministerium.

Graf v. Brandenburg. Ladenberg. Manteuffel. v. Strotha. v. Rintelen.

An sämmtliche königliche Regierungen.

Berlin, 18. November. [Beförderungen im Militär.] Nach dem heutigen Militär-Wochenblatte ist der General-Lieutenant (mit Charakter als General der Kavalerie) v. Wrangel zum wirklichen General der Kavalerie, der General-Lieutenant Graf Brandenburg zum General der Kavalerie befördert, dem Obersten v. Maliszewski, Kommandanten des Invalidenhauses bei Berlin, bei Gelegenheit seines Dienst-Jubiläums der Charakter als General-Major beigelegt, der Major v. Steinmetz vom Garde-Reserve-Infanterie- (Landwehr-) Regiment zum Kommandeur des 32sten Infanterie-Regiments, der Rittmeister v. Schöler vom 7ten Kürassier-Regiment zum etatsmäßigen Major, der Hauptmann v. Prondzynski vom 7ten Infanterie-Regiment zum Major und Kommandeur des 1sten Bataillons 7ten Landwehr-Regiment, der Hauptmann v. Portatius von demselben Regiment zum Major ernannt worden.

Ferner ist dem Obersten v. Suckow, Kommandeur des 32sten Infanterie-Regiments, als General-Major mit Pension, dem Major v. Gerhardt, vom 7ten Infanterie-Regiment, als Oberst-Lieutenant mit Aussicht auf Anstellung bei der Gendarmerie, dem

Hauptmann **Fleischmann**, von demselben Regiment, als Major mit Aussicht auf Civil-Versorgung, Beiden mit der Regiments-Uniform mit den vorschriftsmäßigen Abzeichen für Verabschiedete und Pension, der Abschied bewilligt worden. (St.-Anz.)

§§ **Berlin**, 19. Nov. [Das Ministerium Brandenburg im Staatsanzeiger.] Wenn irgend Etwas geeignet ist, die Gerüchte zu bestätigen, mit denen man sich trägt, daß nämlich das Ministerium in seiner Politik zu schwanken beginnt, so ist es die Haltung der seit einigen Tagen im Staatsanzeiger abgedruckten „nichtamtlichen" Artikel. Zuerst kam eine pomphafte Aufzählung der 40 Adressen von Preußenvereinen, alle zu Gunsten der Regierung. Den andern Tag erschien ein geharnischter Artikel gegen die rebellische Versammlung, worin mit Auflösung derselben und Octroyrung einer Verfassung gedroht wurde. Darauf folgten aber zwei Artikel, welche um ein Bedeutendes einlenkten und sich an die frankfurter Vermittelung anlehnten. Gestern war es bereits mit den leitenden Artikeln aus; man begnügte sich mit dem Abdruck eines Schmähartikels der „Ober-Postamts-Zeitung" gegen die Berliner Bürgerwehr und eines desgleichen der „Times" gegen die Nationalversammlung. Endlich zehrt man noch an den 40 unverdaulichen Loyalitätsadressen, von denen täglich ein Brocken gebracht wird. — Die heutige Nummer des Staatsanzeigers enthält ein Cirkulär an die Provinzialregierungen, worin gegen Diejenigen, welche dem Beschlusse der Nationalversammlung Folge leisten und die Steuern verweigern sollten, militärische Exekution verhängt werden wird (s. oben). Die metamorphosirte „Staatszeitung" hütet sich natürlich, die darauf bezügliche Erklärung Ihres trefflichen Oberpräsidenten **Pinder** abzudrucken. Was die militärische Exekution betrifft, so kann der Unbefangene nur darüber lächeln. Jedes Kind weiß, daß die militärische Exekution für ein Land von 5000 Quadratmeilen eine reine Unmöglichkeit. Wer erinnert sich nicht jenes Dorfes in der Rheinprovinz, welches vor einigen Jahren mit militärischer Exekution heimgesucht wurde und nur nach unsäglichen Anstrengungen einer verhältnißmäßig enormen Truppenmacht bezwungen werden konnte. Und ein solches System wollte die Regierung über das ganze Land ausdehnen? Wir hoffen, das Ministerium wird gar nicht in die Lage kommen, diese Drohung auszuführen, sollte es aber der Fall sein, so wäre das erste brennende Dorf sein sicherer Untergang. Aber, wie gesagt, aus all' diesem Parlamentiren im Staatsanzeiger geht hervor, auf wie schwankendem, lockerem Boden das Kabinet Brandenburg sich fühlt; und so ist nur zu wünschen, daß sich die gesunde öffentliche Meinung durch die Berichtigungsartikel des Staatsanzeigers nicht täuschen lasse, denn wer viel spricht, handelt wenig und hinter steten Drohungen ist gewöhnlich die Ohnmacht verborgen.

P. C. **Berlin**, 19. Nov. [Angeblicher Plan des Ministeriums. — Nachrichten aus Westfalen.] Wir können aus zuverlässiger Quelle versichern, daß die Minister anfangen, die Gesetzmäßigkeit ihrer Maßregeln zu bezweifeln. Sie fangen an zu begreifen, daß, da sie verantwortliche Minister und zwar der Nationalversamml. verantwortlich sind, eine logische Folge dieser Verantwortlichkeit ist, daß die Nationalversamml. über die Gesetzlichkeit der Vertagung und Verlegung urtheilen könnte. Aber zugleich fühlen Sie auch, daß Sie zu weit gegangen sind, um zurückzugehen, und sie sind entschlossen, die Reaktion aufs Aeußerste zu treiben, weil es sich um ihre eigene persönliche Existenz handelt. Die Minister sind entschlossen, um ihre Existenz zu retten, das Land dem größten Unglück auszusetzen. Der Plan, den sie befolgen wollen, ist dieser: zunächst werden alle bedeutenden Städte in Belagerungszustand gesetzt werden, damit die Presse erstickt werde. — Dann sollen die Provinzen einzeln, die eine nach der andern, wieder erobert werden. Die disponible Militärmacht wird zuerst in einer Provinz zusammengezogen; ist diese bezwungen, so wird die Landwehr herausgezogen, und mit de Linie vereint, in eine zweite Provinz geschickt, um diese zu unterdrücken, und so weiter. — Man hofft die Provinzen einander gegenüber zu stellen, wie Oesterreich die Nationalitäten einander gegenüberstellt. Sind so die Provinzen eine nach der andern durch Concentration einer großen bewaffneten Macht bezwungen, so sollen alle Freiheiten für immer erstickt bleiben." — Auch in **Westfalen** hat das Verhalten der National-Versammung den größten Anklang gefunden, namentlich in Stadt und Kreis Münster. Die Stadtverordneten von Münster haben eine Zustimmungs - Adresse nach Berlin eingesandt. Die Bürgerwehr daselbst erklärt: „dem Ministerio Brandenburg den entschiedensten Widerstand entgegensetzen zu wollen," verlangt vom dasigen Magistrat für den Nothfall hinlängliche Munition und fordert sämmtliche Bürgerwehren Westfalens auf, sich ihrer Erklärung und ihren Plänen anzuschließen. Außerdem haben mehrere einflußreiche und angesehene Männer, so wie verschiedene Vereine in Paderborn, Bielefeld, Ahaus, Telgte, Drensteinfurt öffentlich einen Aufruf „an das Volk Westfalens" im westfälischen Merkur erlassen, worin zur Bildung von Sicherheitsausschüssen und einem Congreß in Münster eingeladen wird, für die Sache und die Rechte der preußischen Nationalversammlung.

C.-B. **Berlin**, 19. Novbr. [Tagesbericht.] Alles ist noch beim Alten, Entwaffnungen, Verhaftungen, Hausrechts- und Eigenthnmsverletzungen finden nach wie vor statt. Man spricht davon, daß drei Soldaten, welche den Kriegsartikeln zuwider gehandelt haben, erschossen seien. Daß dieses blutige Verfahren noch nicht gegen Civilpersonen zur Anwenoung gebraucht worden, ist so wenig das Verdienst des Herrn v. Wrangel als das des Ministers v. Manteuffel. Von den ausgeschiedenen Abgeordneten ist eine energische Verwahrung gegen das Projekt einer Verfassungsoktroyirung eingelegt worden. — Das von dem Ministerium des Innern ausgegangene, in der „deutschen Reform" befindliche, Inserat, wonach die National-Versammlung in Gemäßheit der Habeas-Corpus-Akte ja „berufen sei" (nämlich auf den 27. nach Brandenburg) gehört zu den vielfachen Verhöhnungen, welche sich Herr v. Manteuffel in Betreff der gesetzlichen Freiheiten tagtäglich zu Schulden kommen läßt. — Herr **Rintelen**, früher Abgeordneter für den Kreis Maschede in Westfalen, ein Mann, der sich dazu hat mißbrauchen lassen, als juristische Figur in ein Kabinet einzutreten, gegen welches er als Mitglied der Deputation der Nationalversammlung den Protest dem Könige selbst hat überreichen helfen, hat nachträglich ein Mißtrauensvotum der sämmtlichen Wahlmänner von Meschede (mit Ausnahme eines einzigen, der die Unterschrift verweigerte) erhalten. Diese Kundgebung aus einer Provinz, welche mehr als irgend eine in Treue gegen das Königshaus stets ihren Ruhm gesucht hat, spricht deutlich für die Stimmung des Landes. — Von **Arnold Ruge** wird binnen Kurzem eine Beleuchtung der neuesten Berliner Vorgänge erscheinen. Ruge befindet sich gegenwärtig in Leipzig. Bemerkenswerth ist, daß die vorgeblich wegen des Erscheinens der „Reform", trotz der von Herrn v. Wrangel verfügten Suspension dieses Blattes versuchte Verhaftung schon vor der Erklärung des Belagerungszustandes vorbereitet wurde. Das Blatt erschien am 14., der Belagerungszustand war am 12. verfügt worden, und die Anfrage nach Frankfurt a. M., in Betreff der Kapturfähigkeit Ruge's war schon am 11. erfolgt. — Man versichert, daß in **Potsdam** die größte Neigung zur Nachgiebigkeit herrsche und Schritte vorbereitet seien, um ein Ministerium aus den Centren zu bilden. — Während der verflossenen Nacht sind 25 Kompagnien der hiesigen Truppen ausgerückt, wie es heißt, um nach Schlesien zu marschiren. Dagegen soll das 6. Regiment hierher verlegt werden. — Wir haben gestern eines Traktats erwähnt, welcher in Verfolg des Memoires vom 7. September von der diesseitigen Regierung abgeschlossen ist. Trotz der Versicherung des Staatsanzeigers wiederholen wir, daß jene von der „deutschen Reform" ihrem wesentlichen Inhalt nach mitgetheilte Denkschrift allerdings ebenso wie der Traktat existirt. Wir fügen noch aus zuverläßiger Quelle hinzu, daß die Abberufung des preußischen Generalconsuls für die Donaufürstenthümer, Freiherrn v. Richthofen, welche gerade zu einer Zeit erfolgte, wo die Occupation jener Länder durch russische Truppen die Wahrnehmung der diesseitigen Handelsinteressen durch einen energischen Vertreter dringender als je erforderte, mit jenem Vertrage im engsten Zusammenhange steht.

Auch in der Buchdruckerei von **Fähndrich** und Komp. soll durch nächtliches gewaltsames Eindringen, Zerstören der Dampfpresse u. s. w. eine Verletzung der Habeas-Corpus-Akte vorgekommen sein, und auch dieser Fall gleich dem im Heyl'schen Hause ist der Stadtverordneten-Versammlung zu weilern Maßnahmen vorgelegt.

Posen, 18. Novbr. [Der Reichskommissar. Auf einmal ist Geld da!] Gestern Abend ist der Herr Reichskommissar, großherzoglich hessische General-Major v. **Schäffer-Bernstein**, begleitet von einem Adjutanten, Oberlieutenant **Zimmermann**, desgleichen im Auftrage unseres Kriegsministeriums der Major v. **Voigts-Rhetz** hier eingetroffen. — Wie wir aus sicherer Quelle vernehmen, sind die Staatskassen durch königliche Kabinetsordre angewiesen worden, der Stadt Posen die durch die militärische Okkupation des Bazar in den Jahren 1846 und 1848 entstandenen Kosten, im Gesammtbetrage von 37,000 Thaler, zurückzuzahlen. (Pos. Z.)

Königsberg, 17. Novbr. [Permanenz-Ausschuß. Das Militär auf Seiten der Nationalversammlung.] Hier ist seit dem 11. d. M. ein Permanenzausschuß aus den verschiedenen Klubbs „zur Wahrung der Volksrechte" begründet, der am 13. im Altstädtischen Gemeindegarten, und am 14. in der Schmidtschen Reitbahn höchst zahlreich besuchte Versammlungen hielt. Der hohen Nationalversammlung wurden donnernde Hochs ausgebracht, ebenso bei der letzten Versammlung dem Hauptmann v. Czudnochowsky. — Der Hauptmann v. Czudnochowsky vom 1. Infanterie-Regiment soll deshalb vor ein **Kriegsgericht** gestellt werden, weil er offen und ehrlich (eben so wie die höheren Offiziere, die sich mit den Wahlmännern am 12. d. M. an der von diesen ausgegangenen Adresse betheiligten) die Adresse des demokratisch-konstitutionellen Klubbs unterschrieben hat. Vorläufig soll ihm die Kompagnie abgenommen, Haussuchung bei ihm gehalten und ihm Stubenarrest zudiktirt sein! (Königsb. Z.)

Köln, 16. Nov. [Die Steuerverweigerung. Todtenfeier für Robert Blum. Die Landwehr und die Krigsreserve ist für die National-Versammlung.] Am gestrigen Nachmittage war die Volks-Versammlung und der demokratische Verein unausgesetzt in Thätigkeit. Der demokratische Verein hat eine Deputation nach Berlin entsandt und in der Volksversammlung ist der **Beschluß der Steuerverweigerung** gefaßt worden. Unsere Nachbarstadt Bonn ist uns in diesem Beschlusse vorangegangen. Daselbst hat nach der öffentlichen Mittheilung eines hospitirenden Redners von Bonn in der gestrigen hiesigen Volksversammlung das Volk sich in einer Versammlung vorgestern bereits für die Steuerverweigerung erklärt, und den Grundsatz angenommen, denjenigen für einen ehrlosen Bürger zu erklären, welcher in einem öffentlichen Zwangsverkaufe für Steuerrückstände etwas ansteigern würde. — Gestern fand in der hiesigen Minoriten-Kirche eine Todtenfeier für Robert Blum statt. — Die hiesigen Landwehrmänner und Reservisten haben sich in einer Adresse für die National-Versammlung erklärt. Aus fast allen rheinischen Städten werden ähnliche Adressen nach Berlin entsendet, welche den höchsten Enthusiasmus für die Sache der Vertreter des preußischen Volks aussprechen. (D. Z.)

Köln, 17. Nov. [Der Präsident der National-Versammlung.] Die beiden Gemeinderäthe Klein und Classen, welche im Auftrage der Verwaltung (Köln hat gegenwärtig keine Vertretung in Berlin) und auf den Wunsch mehrerer Mitglieder des Gemeinderathes am Sonntag Abend nach Berlin reisten, um den im Gemeinderathe gefaßten Beschluß dem Präsidenten der National-Versammlung zu überbringen, sind zurückgekehrt und theilen uns Foigendes mit: Am Dinstag, Morgens 9 Uhr, hatten wir Audienz bei dem Präsidenten der Vereinbarungs-Versammlung, Herrn v. Unruh, welchen wir von einem Kreise von Deputirten aus allen Fractionen der Kammer umgeben fanden. Nachdem wir uns unseres Auftrages durch Ueberreichung der Adresse des Gemeinderathes so wie einer Adresse der Volksversammlung im Eiser'schen Saale mit 7000 Unterschriften entledigt hatten, sprach der Präsident ungefähr Folgendes:

Es freut mich, daß auch die Stadt Köln unserem Beschlusse beistimmt; aus vielen Städten: Breslau, Stettin, Magdeburg, Halberstadt, Brandenburg ꝛc. sind uns bereits die Zustimmungs-Erklärungen zugekommen, und da durfte ich nicht zweifeln, daß Köln und überhaupt die Rheinprovinz, welche durch ihre freieren Institutionen schon früher einen Vorsprung in politischer Bildung vor den übrigen Provinzen erreicht hatte, das Verhalten der National-Versammlung billigen würde. Wir sind den Weg gegangen, den uns Pflicht und Gewissen zur Wahrung der uns anvertrauten Volksrechte anzewiesen, und das wird das Volk anerkennen! **Sagen Sie Ihren Mitbürgern, sie möchten es nicht als Partei-Sache betrachten; alle Parteien müßten verschmolzen sein, es sei Sache aller Parteien — Sache des ganzen Volkes, dessen Rechte und Freiheiten ernstlich bedroht seien; sagen Sie auch Ihren Mitbürgern, daß zu der von ihnen belobten einigen, würdigen Haltung der Kammer die Mäßigung aller Parteien in der National-Versammlung, namentlich die Mäßigung der Linken, Vieles beigetragen habe. Wir bieten Alles auf, um einen blutigen Conflict zu vermeiden, um durch die gewaltige moralische Kraft des passiven Widerstandes eines ganzen Volkes unsere Rechte zu vertheidigen. Ob es aber möglich sein wird, einen Zusammenstoß zu vermeiden — wer vermag es zu sagen, da unsere Gegner Alles aufbieten, ihn herbeizuführen, und durch die strengsten Maßregeln das gereizte Volk zum Aeußersten bringen!** Ich danke der Stadt Köln im Namen der National-Versammlung für den Dank, den Sie uns votirt haben. Wenn die Provinzen festhalten an ihrem gemeinsamen Mittelpunkte, an uns, an ihrem guten Rechte, so wird uns hoffentlich der Sieg werden. Nun, meine Herren (uns die Hände drückend), leben Sie wohl! Es ist vielleicht das letzte Mal, daß wir uns sehen; es ist bis zum Aeußersten gekommen — Alles steht auf dem Spiele! (Köln. Z.)

Unser Mitbürger Fr. **Raveaux**, welcher seit 10 Tagen in unserer Stadt weilte, heute nach Frankfurt abgereist ist, um 1) dem Reichsministerium wegen dessen schlechter Haltung in den Wiener und Berliner Ereignissen seinen Dienst als Gesandter in der Schweiz aufzukündigen und 2) um seinen Sitz in dem Reichsparlamente wieder einzunehmen. Raveaux ist einfacher Bürger ohne namhaftes Vermögen; als Reichsgesandter in der Schweiz hatte er 12,000 Gulden Gehalt, als Deputirter in dem Parlamente hat er täglich 3 Rthl. Diäten und

kein Gehalt. So handelt ein aus dem Volke hervorgegangener Beamter; haben wir in der Geschichte der Diplomatie auch ähnliche Beispiele von den Bureaukraten von Geburt?

Die Beschlüsse des hiesigen Landwehr-Vereins (s. oben) sind genau artikulirt folgende:

1) Die Landwehr erklärt das Ministerium Brandenburg für ungesetzlich und stellt sich der National-Versammlung zur Verfügung.
2) Die Landwehr erklärt sich während des Bestehens dieses ungesetzlichen Ministeriums für unabhängig von den demselben untergebenen, also ebenfalls ungesetzlich handelnden Militärbehörden, und wird sich demgemäß organisiren.
3) Die Landwehr des ganzen Staates wird aufgefordert, dieser Erklärung beizutreten und Hand in Hand mit der Kölner Landwehr zu gehen.

Der Inhalt dieser Beschlüsse ist in einer Adresse an die National-Versammlung enthalten.

Köln, 15. November 1848.

Das Comité der Volksversammlung.
Das Landwehr-Comité. (Düsseld. Z.)

Deutschland.

Frankfurt a. M., 16. Novbr. 11 Uhr. [Die verfassungsgebende Reichs-Versammlung] hat in ihrer heutigen 116ten Sitzung einstimmig und ohne Berathung folgenden von dem Ausschusse für die österreichischen Angelegenheiten (Berichterstatter Kirchgeßner) beantragten Beschluß gefaßt: „**Die Nationalversammlung, indem sie vor den Augen von ganz Deutschland gegen die mit Außerachtlassung des Reichsgesetzes vom 30. Sept. l. J. vollzogene Verhaftung und Tödtung des Abg. Robert Blum feierlich Verwahrung einlegt, fordert das Reichsministerium auf, mit allem Nachdrucke Maßregeln zu treffen, um die unmittelbaren und mittelbaren Schuldtragenden zur Verantwortung und Strafe zu ziehen.**“ Im weiteren Verlauf der heutigen Sitzung der verfassungsgebenden Reichsversammlung wurde eine Mittheilung des badischen Bevollmächtigten bei der Centralgewalt in Betreff der neuesten Ergänzungswahl zu Thiengen an den früher für diese Angelegenheiten niedergesetzten Ausschuß verwiesen. Abg. Fuchs berichtete über die Beschwerde der altenburger Landstände gegen die Einlegung von Reichstruppen. Die Majorität des Ausschusses trägt auf Tagesordnung, die Minorität auf Zurückziehung der Truppen an. Nauwerck stellt folgende dringende Anträge: 1) daß das Reichsministerium an die preußische Regierung die Weisung erlasse, die Maßregeln bezüglich der Auflösung der berliner Bürgerwehr und der Einführung des Belagerungszustandes unverzüglich zurückzurufen; 2) Recht und Gesetz aller Preußen, insbesondere der preußischen National-Versammlung, wird unter den unmittelbaren Schutz des Reichs gestellt; 3) eine Reichs-Commission von drei Mitgliedern soll ungesäumt nach Berlin abgehen, um obige Beschlüsse nöthigenfalls mit Hülfe von Reichstruppen zu vollziehen. Dieser Antrag wurde **nicht als dringend** erachtet und an den Ausschuß für den Biedermannschen Antrag verwiesen. Abg. von Reden interpellirt den Reichsminister des Handels wegen der Zollzuschläge. Eine Interpellation Wichmann's wegen der noch nicht erfolgten Publication der Reichsgesetze in Oesterreich wird vom Reichs-Justizminister morgen beantwortet werden. v. Soiron kündigt an, daß der Verfassungs-Ausschuß die revidirten Grundrechte nebst Einführungs-Gesetz im Laufe nächster Woche vorlegen werde. Ein Antrag Schoders, daß das Einführungsgesetz getrennt berathen wird, geht an den Verfassungsausschuß. Die Tagesordnung führt sodann zur Berathung des Art. 5 (§§ 25—28) des Verfassungsentwurfs. Von den eingeschriebenen Rednern sprachen bis jetzt (1 ½ Uhr) die Abgeordneten Graf Wartensleben, Ziegert, Jucho, Ahrens, Eisenstuck, Grumprecht. (Fr. J.)

Frankfurt, 17. Nov. [National-Versammlung.] Nachdem in der heutigen Sitzung der verfassungsgebenden Reichs-Versammlung der Präsident die ihm von einer Deputation der städtischen Behörden in Leipzig eingehändigte Abschrift einer Eingabe an die Centralgewalt in Betreff der Verurtheilung und Tödtung Robert Blum's verlesen und bemerkt hatte, daß die darin gestellten Anträge mit dem gestrigen Beschlusse der National-Versammlung übereinstimmen, wurden Interpellationen von Grubert, in Betreff des Belagerungszustandes in Berlin, dann v. Wesendonck wegen mangelhafter Publikation der Reichsgesetze in Preußen verkündigt. Reichsmin. v. Schmerling beantwortete sodann folgende Interpelationen: v. Nauwerck, über den österreichisch-italienischen Krieg; v. Fetzer, in Betreff der Verhältnisse zur Schweiz (wobei der Minister ankündigte, daß die vom Reichs-Ministerium beschlossenen Maßregeln binnen wenigen Tagen ins Leben treten würden); von Giskra, wegen der gesetzwidrigen Assentirungen (Einreihung in das Militär) und Verfolgungen gegen mißliebige Personen in Deutsch-Oesterreich; von Simon aus Trier, wegen der polizeilichen Maßregeln gegen wiener Studenten in Baiern; von Berger, über das Schreiben des Guberniums von Mähren an den Kreis-Hauptmann in Teschen wegen der Wahlen zur deutschen National-Versammlung. In Folge dieser ministeriellen Erklärungen wurden von den Abgeordneten Wigard, Venedey, Berger, Nauwerck und Giskra verschiedene Anträge gestellt. Der Antrag Giskra's, dahin lautend: „**Die National-Versammlung beschließt, daß das Reichsministerium unmittelbar einschreite und die erforderlichen Maßregeln treffe, daß der verheißene Schutz des Ansehens der Gesetze und der persönlichen Freiheit, in Ansehung der gesetzwidrigen Assentirung, dann der Nachsuchung und Verhaftung mißliebiger Personen, in Deutsch-Oesterreich zur Wahrheit werde,**“ — wurde für dringlich erklärt und sofort berathen. Nachdem die Abgeordneten Venedey, Vogt, Giskra und Reichsminister v. Schmerling gesprochen, wurde der Antrag Biedermann's auf Verweisung des Giskra'schen Antrags an den Ausschuß für die österreichischen Verhältnisse zur schleunigen Berichterstattung mit 238 gegen 198 Stimmen verworfen und Giskra's Antrag selbst sofort zum Beschluß erhoben. Zwei Anträge Zimmermann's von Spandau wegen der Wahlen in Böhmen und Simon's von Trier in Betreff der baierischen Verfügung gegen die wiener Studenten wurden nicht für dringend erkannt, und hierauf mit 247 gegen 175 Stimmen der Uebergang zur Tagesordnung (Berathung über Art. V. und VI. des Verfassungs-Ausschusses) beschlossen. In Folge dieses Beschlusses mußte die von Schoder beantragte und vom Präsidenten befürwortete Verlesung eines dringenden Antrages des von Berlin zurückgekehrten Abgeordneten Rappart unterbleiben. Ueber Art. V. des Verfassungsentwurfes sprach der Abgeordnete Merck, worauf die Berathung geschlossen und den Berichterstattern des volkswirthschaftlichen und des Verfassungs-Ausschusses, Abgeordnete M. Mohl und Waitz, das Schlußwort ertheilt wurde. Von den Abgeordneten Grümbrecht und Eisenstuck sind Anträge auf namentliche Abstimmung über § 26 gestellt.

Die O.-P.-A.-Z. enthält in ihrem amtlichen Theile Folgendes: „Der Reichsverweser hat am 15. November d. J. die Errichtung einer provisorischen Central-Behörde, welcher bis zur definitiven Organisation die Leitung des deutschen Marinewesens zustehen wird, in der von dem Reichs-Ministerrathe beantragten Weise genehmigt. Die provisorische Central-Behörde für die deutsche Marine wird aus einer Abtheilung für die Marine-Verwaltung im Reichs-Ministerium des Handels und einer technischen Marine-Kommission bestehen. „Jener Abtheilung ist die Gründung der Marine, die eigentliche Verwaltung, das ganze Rechnungswesen zugewiesen; sie entscheidet nach Anhörung der technischen Kommission über den Ankauf von Schiffen, von Schiffbau- und Ausrüstungs-Materialien, über die Abschließung von Verträgen, welche den Bau von Kriegsschiffen betreffen und über die Anlegnng von Kriegshäfen, Werften und Arsenalen; sie hat die Anstellung von Beamten und Kommissarien zu billigen oder abzulehnen, Sendungen und Besichtigungen anzuordnen und die Gehalte, Belohnungen und Kosten, welche hierdurch verursacht werden, zu bestimmen. — Der technischen Marine-Kommission kommt es zu, Gutachten über alle technischen Fragen zu erstatten; Anträge an die Abtheilung für die Marine-Verwaltung in Beziehung auf die Anschaffung von Schiffen und Gegenständen, zu deren Bau und Ausrüstung, so wie hinsichtlich vorzunehmender Besichtigungen und Sendungen zu stellen; die zu Geschäften, welche technische Befähigung erfordern, tauglichen Personen vorzuschlagen; die deutschen Häfen zu untersuchen, inwiefern sie zu Anlegung von Kriegshäfen, Werften und Arsenalen sich eignen; insbesondere endlich einen Plan für die definitive Einrichtung der deutschen Marine und die künftige Gestaltung der Marine-Behörden auszuarbeiten. — Der Reichsminister des Handels ist mit der Einrichtung der provisorischen Centralbehörde für die deutsche Marine beauftragt worden, welche unter seiner Verantwortlichkeit thätig sein wird. Der Vorsitz in der technischen Marine-Kommission ist dem Prinzen Adalbert von Preußen übertragen.

□ **Frankfurt a. M., 17. Nov.** [Tagesbericht.] Simon von Breslau und Löwe von Calbe sind nach Preußen in ihre Wahlbezirke abgereist. — Es scheint, als wenn das Ministerium die längste Zeit am Ruder gewesen wäre. Unter den preußischen Abgeordneten der Mitte bricht sich der Gedanke immer mehr Bahn, daß es ihnen unmöglich werden würde, länger mit demselben fortzugehn. Vorzüglich hat der heutige Interpellationskampf die ganze Basis des Ministeriums tief erschüttert. — Von sämmtlichen politischen Vereinen in Hanau, welche bekanntlich beinah die ganze Stadt in sich fassen, ist eine energische Adresse an die preußische National-Versammlung abgegangen, in welcher dieselbe als einzige Hüterin der deutschen Freiheit anerkannt und zur Ausdauer ermuntert wird. — So eben ist Julius Fröbel, der in Wien zum Tode verurtheilt war, hierselbst angekommen. — Man betrachtet allgemein die morgen stattfindende Diskussion in der preußischen Frage als entscheidend für die Zukunft der Einheit Deutschlands.

Wie anderwärts, hat auch hier die Hinrichtung Robert Blums unter allen politischen Parteien die allgemeinste Entrüstung erregt. Man sah heute in der National-Versammlung viele Reichstagsmitglieder, so wie auch einen großen Theil vom Publikum im Trauerflor. — Die von R. Blum in Gemeinschaft mit Günther redigirte Reichstagszeitung ist mit schwarzem Rande erschienen. — Das „Montags-Kränzchen“ hat eine Versammlung ausgeschrieben, in welcher ebenfalls diese bedauerliche Angelegenheit erörtert werden wird.

Heute Nachmittag hielt der Erzherzog-Reichsverweser Revue über die hier und der Umgegend concentrirten Reichstruppen, circa 10—11,000 Mann stark. Eine große Menschenmenge wohnte diesem militärischen Schauspiele bei.

Hr. Reichensperger ist heute hier angekommen. Man redet davon, daß eine bedeutende Person von hier nach Potsdam abreisen werde. — 142 Abgeordnete haben heute über den Tod Robert Blums einen „Aufruf an das deutsche Volk“ mit einem Trauerrande als Plakat anschlagen lassen. Es schließt mit den Worten: Vergiß des Todten nicht und erinnere Dich, wie er starb, für welche Sache er starb und durch wen er ermordet wurde! (Deutsche Z.)

Mainz, 16. Nov. (Robert Blum.] Schwerlich dürfte in Leipzig selbst eine so große Theilnahme an dem Schicksale Robert Blum's sich bethätigen, als in unserer Stadt. Sämmtliche Gasthöfe am Rhein, die Agenturen der verschiedenen Dampfschifffahrts-Gesellschaften, so wie alle im Hafen liegenden Schiffe haben Trauerflaggen aufgehißt.

Stuttgart, 16. November. [Die österreichischen Angelegenheiten.] Der von der Kammer der Abgeordneten in ihrer 23. Sitzung mit allen gegen 3 Stimmen angenommene Antrag des Abgeordneten Mack in der österreichischen Angelegenheit lautet wörtlich: „Die Regierung zu bitten, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln bei der Centralgewalt dahin zu wirken, 1) daß dieselbe im Hinblick auf das ihr übertragene heilige Amt der Einigung Deutschlands allen undeutschen und freiheitsfeindlichen Bestrebungen entschieden entgegentrete und insbesondere Alles aufbiete, 2) damit sich die österreichische Regierung für ihre deutschen Provinzen der deutschen Centralgewalt und den Beschlüssen der Nationalversammlung ungesäumt unterwerfe; 3) daß den Bewohnern Deutschösterreichs, welchen die wärmste Theilnahme des würtembergischen Volkes gehört, der volle Genuß sämmtlicher Rechte und Freiheiten der deutschen Nation gesichert sei und bleibe; 4) daß die deutsche Stadt Wien von den Drangsalen des Belagerungszustandes in möglichster Bälde befreit werde.“

Dresden, 17. November. [Robert Blum.] Unter dem heutigen Datum hat das Gesammtministerium folgende Bekanntmachung erlassen:

Die Nachricht von dem standrechtlichen Verfahren gegen den deutschen Reichstags-Abgeordneten Robert Blum zu Wien hat in Sachsen Schmerz und Entrüstung hervorgerufen. Diesen Gefühlen ist in Volks-Versammlungen und Vereinen durch verschiedene Beschlüsse Ausdruck gegeben worden, welche zum Theile als Anträge an die Regierung gebracht worden sind. Die Regierung erkennt die inhaltsschwere Bedeutung dieses traurigen Ereignisses, so wie die Pflichten, welche es ihr auflegt, und wird sie erfüllen. Sie hat dies bereits in der zweiten Kammer der Stände-Versammlung erklärt; sie spricht es hiermit noch einmal vor dem sächsischen Volke aus. Aber sie verbindet damit auch die Mahnung zur Besonnenheit und Mäßigung. — Durch die königliche Gesandschaft zu Wien ist auf Mittheilung der Prozeß-Akten angetragen worden. Die Regierung hat von dem königlichen Gesandten sofort Rechenschaft über sein Verhalten gefordert; sie hat bei der Centralgewalt zu Frankfurt, als der hierzu vorzugsweise berufenen Behörde, entschiedene Anträge gestellt. — Die Regierung glaubt hiernach Alles gethan zu haben, was bei der gegenwärtigen Lage der Sache von ihr mit Recht gefordert werden kann. — Die Bewegung und das Begehren ist aber hierbei nicht stehen geblieben. — In blinder Leidenschaft ist gegen das k. k. österr. Gen.-Konsulat zu Leipzig von Einzelnen eine Verletzung des Völkerrechtes begangen worden. Die allgemeine Stimme hat darüber gerichtet, und die Regierung hofft, daß zur Ehre des sächsischen Volkes jeder Versuch zu einer ähnlichen That unterbleiben wird. — Man hat Bürger bedroht, weil sie politische Gegner Blum's gewesen seien. Das heißt im Namen der Freiheit die Tyrannei verkündigen. Man hat verlangt, die Regierung solle dem k. k. österreichischen Gesandten in Dresden seine Pässe zustellen. Das heißt einen Bürgerkrieg in Deutschland heraufbeschwören. — Man hat gegen den königlichen Gesandten zu Wien eine Verurtheilung ohne Gehör verlangt; dies ist den bekanntesten Rechtsgrundsätzen entgegen. Die Regierung wird dagegen den Erfolg der geforderten Rechenschaft seiner Zeit veröffentlichen. Man hat von einigen Seiten die Betheiligung des Staates bei der Sorge für die Hinterlassenen Blum's gefordert. Aber mit richtigem Gefühle hat man andererseits zunächst diese Sorge freiwilligen Liebesgaben vorbehalten. — Indem die Regierung diese öffentliche Erklärung zugleich als Antwort auf die an sie gestellten Anträge betrachtet, erwartet sie, daß das sächsische Volk auch bei dieser traurig-ernsten Gelegenheit sich durch Achtung vor dem Gesetze der Freiheit würdig zeige.

Oldenburg, 16. Novbr. [Ministerial-Reskript.] An den Landtag ist heute ein Ministerialschreiben ergangen, worin demselben die erfreuliche Erklärung gemacht wird, daß die Civilliste **für die Dauer der Regierung des Großherzogs vereinbart, und das gesammte Domänialvermögen für Staatsgut erklärt werden solle.** Ueber das Verhältniß des Hausvermögens werden die Bestimmungen vorbehalten.

Hamburg, 14. Nov. [Für Berlin.] Sobald die Provinzen in Preußen sich erheben, um Berlin beizustehen, wird von hier aus ein großer Freischaarenzug erfolgen. Auf die erste Erwähnung eines solchen Projektes hin, meldeten sich gleich mehrere hundert Freiwillige, welche sich mit Wehr und Waffen zum Zug stellen wollten. Adressen an die Nationalversammlung wurden von sieben verschiedenen Klubbs entworfen und werden an dieselbe abgehen. (R. B.-H.)

Oesterreich.

8 **Wien,** 17. Novbr. [Verordnung von Windischgrätz. — General Bem. — Die österreichischen Truppen in Ungarn.] Fürst Windischgrätz hat neuerdings einen Preis von 25 Fl. C. M. für jeden Soldaten ausgelobt, der einen die Truppen verführenden Emissär arretirt, und der nächsten Behörde überliefert. — Gleichzeitig hat der Fürst den in der ungarischen Armee dienenden Offizieren neuerdings die Frist bis zum 26. d. M. gestellt, um die Fahnen der Insurgeten zu verlassen, da nach deren Verlauf jeder der vordem in den Reihen des k. k. Heeres als Offiziere gedient, als Verräter behandelt, d. h. geradeweg gesprochen, gehenkt werden solle. — Der von hier nach Ungarn geflüchtete polnische General Bem wurde in der Nähe von Pesth in einem Dorfe, wo er den Landsturm predigte, von den Bauern sofort dergestalt geprügelt, daß er auf den Tod verletzt darniederliegt. — Die Gefechte zwischen den Ungarn und den österr. Truppen sind sehr häufig und endigen meistens zum Nachtheil der Letztern, was man daraus schließen muß, weil unsere Armee nirgends ernstlich vordringt und die Grenzorte mit kroatischen Blessirten zumal angefüllt sind.

†† **Wien,** 18. November. [Tagesbericht.] Mit schmerzlichem Gefühle ergreifen wir heute die Feder; es ist ein neues Opfer gefallen. Anton Borgini, aus Brünn in Mähren gebürtig, 29 Jahr alt, wurde gestern **kriegsrechtlich erschossen, weil er am 13. d. M. Abends in einem Gasthause in Gegenwart mehrerer Gäste des Civil- und Militärstandes aufwiegelnde Gespräche geführt habe, wobei er sich insbesondere Drohungen über die nothwendige Ermordung hoher Personen erlaubt.** — Es wäre möglich, doß diese eiserne Strenge die Gemüther einschüchtert, ob sie aber auch den wahren Zweck ihres Einschreitens, eine Sicherstellung der gemeinsamen Interessen des Volkes und der Krone vor gewaltsamen Volkserhebungen und ihren Folgen für die Zukunft, erreicht, ist eine große, bedeutungsvolle Frage, deren Beantwortung wir aus der früheren Geschichte der Völker und Reiche mit leichter Mühe herausfinden können. Die Begnadigung Fröbels hatte unter den Wienern eine lebhafte Freude hervorgerufen, während man jetzt nach jeder Hinrichtung Niemanden sieht, dem nicht ein lauter Seufzer aus der tiefgepreßten Brust entströmte. — Heute Vormittag wurde für den FZM. und Kriegsminister Grafen Latour eine großartige militärische Leichenfeier abgehalten. Die Aufstellung war in den Ebenen nächst des Laaenberges und bestand aus 20 Bataillonen Infanterie und 18 Eskadronen Kavallerie, eine lange Reihe von 100 Geschützen zog die Aufmerksamkeit auf sich. — Gestern wurden wegen des Waffenabganges Hausdurchsuchungen vorgenommen. Man fand wirklich bei zwei Individuen, die sogleich verhaftet wurden, Waffen. — Mit dem Hauptschube wurden gestern von Seite der Stadthauptmannschaft 87 Individuen zwangsweise von Wien weggeschafft, weil sie hierher nicht zuständig waren und keine Erwerbsquelle nachweisen konnten. — Die Aula ist noch immer von italienischen Grenadieren stark besetzt. — Die Börse war matt. Die Course blieben sich aber ziemlich gleich. Gold und Silber wurde gesucht. Silberagio betrug 5—6 pCt. Wechsel flau.

[Ein offizieller Artikel.] Daß vorstehende Ansicht unsers Korrespondenten begründet ist, geht aus folgendem amtlichen Artikel, welcher trotz aller Ruhmrederei die schlimme Lage der österreichischen Armee vollständig anerkennt, zur Genüge hervor: „In mehreren Blättern, und selbst in dem Abendblatte der Wiener Zeitung vom 10. November l. J., Nr. 201, sind die Angaben über die Stärke und Bewegungen der vom Feldmarschall-Lieutenant Simunich geführten Truppen irrthümlich. Wenngleich es nicht an der Zeit ist, ihre damalige Stärke anzugeben, so können doch folgende authentische Angaben zu einiger Berichtigung dienen: Diese Truppen hatten ihren Marsch durch das Waag-Thal, trotz allen Hindernissen der Behörden, dem Mangel an Verpflegung und den vielen Schwierigkeiten, dennoch rasch bewirkt. Bei Predemir fielen die ersten Schüsse der Ungarn auf dieselben, die jedoch nicht erwidert wurden; wahren Widerstand haben sie aber erst bei Kostolna, 1½ Stunden südlich Trentschin, am 28. Oktober gefunden, woselbst bei 5000 Landstürmer, Nationalgarden aus Trentschin, Neustadtl, Tyrnau und Preßburg, dann 4 Compagnien regulärer Infanterie vom Regiment „Preußen" mit 4 dreipfündigen Kanonen und 2 Doppelhaken aus einer guten Stellung nach kurzem Gefecht in die Flucht gejagt und theilweise in die Waag versprengt wurden, worin, vermöge Angabe der Gefangenen über 50, nach andern noch eine weit größere Zahl ihren Tod gefunden haben sollen. Das Dorf Kostolna wurde vom Gegner zur Sicherung seines Rückzuges in Brand gesteckt, und es mußte die größte Anstrengung angewendet werden, um die Munitionskarren des Verfolgers durch den brennenden Ort noch zur rechten Zeit zu bringen. Bis Tyrnau war Feldmarschall-Lieutenant Simunich ohne weitern Widerstand zu finden vorgerückt, dahin wurden ihm aber bei 8000 Mann Infanterie, 22 oder 24 Escadrons Husaren und 4 Batterien (darunter eine zwölfpfündige) von Preßburg entgegengesendet, während von Verbo und Leopoldstadt aus Freischärler und Nationalgarden seinen Truppeen in den Rücken fallen sollten. Trotz dieser Uebermacht an Infanterie, der vielfachen Ueberlegenheit an Kavalerie und auch weit größern Zahl Geschützen, so wie den auf der ergriffenen Rückzugslinie sich zur Zeit in der Zahl von 730 gesammelten Nationalgarden und der durch dieselben bei Jablonitz zerstörten Brücke, gelang es dem Feldmarschall-Lieutenant durch zeitgemäßen Entschluß, mit Benutzung guter Aufstellungen in fester Haltung, mit dem geringen Verluste von 7 Todten, 8 Verwundeten und 42 Vermißten, wahrscheinlich Gefangenen, bis nach Göding sich zurückzuziehen. Bei den auf diesem Rückzuge gleichzeitig nothwendiger Weise eingeleiteten Requisitionen des Brotes wurden 3 Divisionsmassen eines zu diesem Behufe zurückgelassenen Bataillons von der ungarischen Kavalerie und Artillerie ereilt, angegriffen und heftig beschossen; sie zogen sich aber in ruhiger Ordnung mit unbedeutendem Verluste zur Haupttruppe zurück. Würde Feldmarschall-Lieutenant Simunich mit seinen Truppen Tyrnau um einen Tag später erreicht, oder auch nur um einen halben Tag dort länger verweilt haben, so wäre sein Rückzug nach Mähren noch weit schwieriger geworden."

* **Wien,** 18. Nov. [Aus Italien.] Ueber den gestern gemeldeten Parlamentär, welchen Admiral Albini nach Triest geschickt hatte, erfährt man heute aus Triest vom 16ten, daß seine Anträge eine Auswechslung weggenommener sardinischer gegen österr. Schiffe betroffen, und daß der Marine-Oberst Kudriafsky, welcher hierauf nach Wien abreiste, deshalb in Unterhandlung getreten war. Ueber den Zustand von Venedig sind die mitgetheilten Nachrichten nach allen Seiten bestätigt.

J **Prag,** 17. November. [Was Deutschland von Oesterreich zu erwarten hat.] Vorgestern sind abermals Deputirte, die Quintessenz der czechischen nach Wien abgereist; Nationalgardenbegleitung verherrlichten den Abzug. Rieger, dieser Schmeichler des Ministeriums der Dynastie hielt eine Rede, in welcher er sonnenklar bewies, daß die Bewegung in Wien eine frankfurt-magyarische war, bei welchem czechisch modernen Schlagworte alle anwesenden Czechen vor Vergnügen jubelten. Eben so sprach Palacky: bis die Musik das bekannte: Qde domow mog und das berüchtigte Hej slovane! spielte, zum Zeichen, daß ganz Oesterreich slavisch werden müsse. Julius Fröbel wurde von zwei Offizieren und einem Polizeikommissär begleitet, hier durch gebracht; er traf mit dem Nachtzug hier ein: Blums Tod findet hier wenig Sympatie (!!); die frommen Slavenseelen sagen: es war ja nur ein Frankfurtianer! Der Rest der ächten Deutschen trauert im Stillen. — Viele Deputirte haben ihre Mandate niedergelegt: die Wahlen dafür sind ganz in cechischem Sinne ausgefallen und wir dürfen uns nicht wundern, wenn wir in Kremsier ganz in slavische Hände kommen. — Die Wähler der Kleinseite haben ihrem Deputirten, dem Ehrenmanne Borrosch, ein von ungefähr 150 Individuen unterzeichnetes Mißtrauensvotum, der deutsche Theil der Bevölkerung jedoch ein Vertrauensvotum zugeschickt.

Rußland.

Von der polnischen Grenze, 16. Nov. [Bange machen gilt nicht!] Wir geben heut die uns von Reisenden aus Warschau gemachten Mittheilungen, ohne indessen eine Bürgschaft dafür zu übernehmen; doch läßt sich annehmen, daß etwas Wahres daran sein muß, weil beide Aussagen übereinstimmten. Daß in Kurzem der Czar dem übrigen Europa gegenüber eine andere Haltung annehmen wird, ist gewiß, auch ist dies im ganzen Lande bekannt. Der unbemittelte Theil der Bevölkerung kann dies kaum erwarten, denn er hofft hierdurch zu gewinnen oder besser gesagt, sich auf unsere Kosten zu bereichern. — Der wohlhabendere Theil des Reichs sieht auch mit heiterer Stirn dem Tage entgegen, der den Befehl zur Ueberschreitung der Grenze bringen wird, denn er hofft dann im Stande zu sein, seinen Reichthum, den er jetzt höchstens zum Ankauf von Bären- und Zobelpelzen benutzen kann, zu mannigfachen Genüssen zu verwenden. — Eine Armee steht gerüstet, von der Grenze entfernt, weiter im Lande, doch ist sie keineswegs den Bewohnern zur Last. — Die Soldaten gehen auf Tagelohn, da sie sich dann in der Regel mehr verdienen, als ihr Sold beträgt, so sind sie mit ihrer Lage mehr zufrieden, als wir glauben. — Die niedere Volksklasse ist zufrieden, wenn sie Schnaps hat, da sie dem Trunke im höchsten Grade ergeben ist, und da nun der erstere, bei den ungemein niedern Getreidepreisen auch wirklich in einer Unmasse producirt wird, so ist also gewissermaßen den Wünschen des Proletariats abgeholfen. — Eine Revolution ist hier, wie uns die Reisenden ausdrücklich versichern, eine Unmöglichkeit. Das Proletariat ist für jede Freiheit abgestumpft, der wohlhabendere Theil fürchtet materiell zu verlieren, und hierzu kommt noch, daß jeden Augenblick die Söldlinge bereit sind, solchen Bewegungen durch Pulver und Blei Einhalt zu thun. — Seit einiger Zeit ist wieder ungeheurer Mangel an Silbergeld, dagegen cirkulirt überall Papiergeld. Letzteres wird indeß in den öffentlichen Kassen nicht genommen, wohl aber können die Beiträge durch Lieferungen von Getreide 2c. an die Truppentheile entrichtet werden. — Deutsche Zeitungen sind jetzt seltener als je, und die wenigen sind noch zu zwei Dritteln durch die berüchtigte Schwärze unschädlich gemacht; dagegen erzählen die polnischen Zeitungen, bis in die kleinsten Details, von den Excessen, die Ausländer an armen Unterthanen in Berlin verübten. — In Warschau herrscht ein wahrer Belagerungszustand; das Militär zieht stets mit geladenen Gewehren auf Wache. Wehe dem, der dort eine Aeußerung von Freiheit macht, er lernt unverzüglich die verhängnißvolle Kibitke kennen. (Pos. Z.)

Lokales und Provinzielles.

** **Breslau,** 20. November, Abends 5 Uhr. Wiederum ertönt der Generalmarsch. Die Waffen, welche der Magistrat in der vorigen Woche vom Thurmhofe nach dem Rathhause hatte bringen lassen, sollten aus der Stadt geschafft werden. Die Kisten waren bereits aufgeladen, als das Volk die Abfahrt verhinderte. Tausende von Menschen sammelten sich auf dem Ringe. Einzelne Redner versuchten die Menge zu beruhigen, indem sie ihr sagten, daß die Waffen fremdes Eigenthum wären, auf das man kein Recht habe. Die Menge bestand darauf, daß die Waffen im Rathhause verbleiben, da der Magistrat sie einmal eingezogen hat. Der Oberst der Bürgerwehr, Herr Engelmann, trat unter das Volk und erklärte, daß er ebenfalls das Zurückbehalten der Waffen wünsche und daß sie auch nicht werden weggeschafft werden. — Kurz darauf wurden die Kisten auch in der That wieder abgeladen und in die Räume des Rathhauses gebracht.

Der Generalmarsch scheint sonach nur eine Vorsichtsmaßregel gewesen zu sein. Die Menge hat sich nach dem Abladen der Waffen wieder zerstreut und bis jetzt (7 Uhr) stehen die Bürgerwehr-Bataillone ruhig auf ihren Sammelplätzen. — In den Vorstädten sind zahlreiche Militär-Abtheilungen aufgestellt.

Die Kaufmannschaft hat dem Magistrat eine Anerkennungs-Adresse für seine Thätigkeit überschickt und soll zugleich das Gesuch gestellt haben, daß der Magistrat zur Aufrechthaltung der Ruhe das Militär requirire. — Wir wissen in diesem Augenblicke nicht, ob der Magistrat diesem Gesuch willfahren wird oder nicht.

** **Breslau,** 20. Nov. [Todtenfeier für Robert Blum.] Gestern 11 Uhr Morgens beging die christkatholische Gemeinde die Todtenfeier Robert Blums in der Bernhandinerkirche. Das Gotteshaus war in allen Räumen gefüllt. Der Prediger Hofferichter hielt die Trauerrede. Die Veranlassung zu dieser Feier, sagte er, sei zunächst darin zu finden, daß Robert Blum einer der eifrigsten und unermüdlichsten Kämpfer für den Christkatholicismus gewesen ist. Der Christkatholicismus habe in ihm einen starken und mächtigen Hort verloren. Aber auch ohne diesen besonderen Umstand fühle sich der Christkatholik gedrungen, das Angedenken eines Mannes zu feiern, der in seiner Hingebung für die Rechte und Freiheiten des Volkes das Leben freudig geopfert hat. Der Christkatholicismus wollte nicht nur das religiöse, sondern auch das politische und sociale Leben des Menschen umfassen, Alles, was die Menschheit und ihre heiligsten Interessen berührt, das berühre auch ihn, und daher gedenke man mit Trauer an dieser Stätte eines Mannes, dessen Liebe zum Volke, dessen Streben für das Wohl und Heil der Menschen ihn zum Märtyrer der Freiheit gemacht. — Der Redner gab eine kurze und gedrängte Lebens-Skizze von dem Gemordeten, und wies nach, wie sein Leben mit dem des Volkes aufs innigste verwachsen, wie er niemals nach Fürstengunst gestrebt und der Tyrannei stets offen die Stirne geboten, wie er immer einer der ersten gewesen, wo es die Sache des Volkes und der Freiheit galt, und wie er treu seinem Worte geblieben, als er bei seinem Hiersein gesprochen: „Wenn Wien fällt, so fällt auch Blum."

Mit dem Gefühle der Trauer über den von Henkershand Ermordeten, fuhr der Redner fort, vermische sich aber auch das Gefühl der Scham und zwar

(Fortsetzung in der Beilage.)

Mit einer Beilage.

Beilage zu № 273 der Breslauer Zeitung.

Dinstag den 21. November 1848.

(Fortsetzung.)

über uns selbst, über das ganze deutsche Volk, das eine solche ruchlose That geschehen lassen konnte und die erste und schönste Stadt des Vaterlandes Feindeshänden überließ, ohne ihr Hülfe angeboten zu haben. Jeder Deutsche müsse sich von tiefster Scham ergriffen fühlen, daß es noch eine Regierung im Vaterlande geben könne, die die Heiligkeit und Unverletzlichkeit der Volksvertreter nicht achtet und die Majestät des Volkes, repräsentirt durch seine Vertreter, durch Henkershand beschimpfen läßt. — Man habe auch jene Männer verdammt, die in Frankfurt im September zwei Volksvertreter erschlagen. Viel verdammenswerther aber sei der an Blum verübte Mord, weil er mit kaltem Blute und unter dem Schein des Gesetzes vollzogen worden ist.

Das Blut des Gemordeten schreit nach Rache, aber nicht nach jener Rache, die der befiehlt: Aug' um Aug', Zahn um Zahn. Die Rache des deutschen Volkes muß darin bestehen, daß es dahin strebt, die Gedanken, für die der Erschlagene gelebt und gewirkt, zur Wahrheit zu machen, und die Sache der Freiheit, für die er in den Tod gezogen, zum Siege zu bringen. — In schwungvollen und begeisterten Worten mahnte nun der Redner die Anwesenden an diese Pflicht und forderte sie auf, alle Kräfte diesem großen Ziele zu weihen, mit Gut und Blut für die Sache der Freiheit zu stehen und zu fallen, furchtlos zu sein, wie er, um den wir in dieser Stunde trauern, und so sein für uns vergossenes Blut zu sühnen.

Wir sind nicht im Stande die eben so gediegene, als mit tiefer Begeisterung vorgetragene Rede ihrem ganzen Umfange nach wieder zu geben, und müssen uns mit dem vorstehend Mitgetheilten begnügen. — Nur diese Schlußbemerkung müssen wir noch hinzufügen, daß die Worte des Redners einen tiefen und gewaltigen Eindruck auf die zahlreich Versammelten hervorgebracht, der seine guten Früchte tragen dürfte.

Die städtischen Behörden waren durch eine Deputation bei der Feier vertreten.

---

* **Breslau**, 20. November. [Plakat.] In Folge der gestrigen Ruhestörungen haben die städtischen Behörden heute folgendes Plakat erlassen:

„Mitbürger! Die Einwohnerschaft ist am gestrigen Tage durch aufgeregte Volksklassen und bedrohliche, gegen die Auctorität und die Existenz der Behörden gerichtete Provokationen aufs Aeußerste beunruhigt worden.

Mitbürger! Eure verfassungsmäßigen Stadtbehörden wachen, unterstützt von unserer braven Bürgerwehr, ebenso eifrig über unseren errungenen konstitutionellen Freiheiten, als sie fest entschlossen sind, den kräftigsten Schutz für Personen und Eigenthum zu gewähren. — Nur den auf Umsturz aller Ordnung gerichteten Bestrebungen einer Partei, die allein durch offene Gewalt die Freiheit zu erringen wähnt, ist unsere Haltung zuwider; wir aber sind — eingedenk unserer Pflicht, zu welcher uns Euer Vertrauen berufen hat — fest entschlossen, unsere verfassungsmäßige Stellung in unserem Gemeinwesen zu behaupten; und es wird uns solches gelingen, wenn wir uns nach wie vor auf Euer Vertrauen, auf Eure treue Mitwirkung in der Abwehr alles verderblichen, anarchischen Treibens stützen können. — Darauf mit fester Zuversicht bauend, werden wir Hand in Hand mit Euch unsere gesetzlichen Freiheiten schützen und so wird die gegenwärtige Gefahr an unserer Sadt mit Gottes Hülfe glücklich vorübergehen. Breslau, den 20. November 1848. Der Magistrat und die Stadtverordneten-Versammlung."

---

* Breslauer Komunnal-Angelegenheiten.

Breslau, 20. Novbr. In der heutigen außerordentlichen Sitzung der Stadtverordneten wurde der Beschluß gefaßt, die 2800 belgischen Gewehre, welche, nach Ungarn bestimmt, hier liegen bleiben mußten, weil der Transport über die Grenze unausführbar, und um der Sicherheit der Stadt willen im Rathhause unter dem Schutze der Bürgerwehr deponirt waren, heute noch auf den Oberschlesischen Bahnhof zum Weitertransport zu liefern. Gegen 4 Uhr begann auf dem Fischmarkt die Verladung. Während dieser Zeit hatten sich große Massen Volkes daselbst eingefunden, welche sich der Abführung widersetzten, die Pferde vom Wagen ausspannten und sich rasch über die Kisten herwarfen, eine derselben öffneten und sich der Gewehre bemächtigten. Eine kleine Anzahl Bürgerwehr war nur anwesend, doch gelang es ohne irgend welche Gewalt anzuwenden, den Leuten die Waffen abzunehmen. Unter diesen Umständen wurden die Kisten wieder ins Rathhaus geschafft und nach Revidirung ergab sich, daß auch nicht ein einziges Gewehr fehlte. Wir glauben, dies besonders mittheilen zu müssen, da sich sogleich das Gerücht in der Stadt verbreitete, es seien 100 Gewehre gewaltsam genommen worden.

---

* **Liegnitz**, 19. Novbr. [Fürsprache für die verhafteten Landwehrmänner. — Interpellation der Regierung.] Auf nochmaligen Antrag des hiesigen demokratischen Vereins sind von dem Magistrate energische Schritte in Sachen der hiesigen Landwehrwirren, resp. Verhaftungen gethan worden. Es ist unter Motivirung und Bevorwortung au den General-Major und Brigadier der Landwehr von Stößer das dringende Gesuch gestellt worden: 1) auf die von der städtischen Behörde ausgefertigten Reklamationen diejenigen Wehrmänner schleunigst zurückzugeben, deren Unabkömmlichkeit für ihr Gewerbe und Familien nachgewiesen worden ist; 2) geeigneten Orts dahin zu wirken, daß der Irrthum, welcher die Wehrmänner zur Widersetzlichkeit verleitet, ihnen als solcher und nicht als böswilliger Ungehorsam angerechnet werde; 3) die Verhafteten baldigst auf freien Fuß zu setzen und in ihre Heimath zu entlassen, und 4) den Wehrmann Sanftleben vom 2ten Aufgebot, falls ihm ein Vergehen zur Last gelegt werden könne, dem Civilgerichte, vor welches er nur gehören dürfte, zum ferneren Verfahren zu übergeben. Zugleich wird der General ersucht, das magistratualische Schreiben auch der kompetenten Spruchbehörde vorzulegen, damit dieselbe darauf Bezug nehmen und ihre Ansicht daraus aufklären, resp. berichtigen könne. So viel uns bekannt geworden, befinden sich die Verhafteten in Mittelarrest zu Glogau. — In einer der letzten Sitzungen des Sicherheits-Ausschusses ist der Antrag gestellt worden, die städtischen Behörden dahin zu vermögen, an die königl. Regierung die Frage zu richten, ob sie in der Zeit, während die eigetretene mißliche Krisis obwalte, mit der National-Versammlung oder dem Ministerium zu gehen gedenke. Nach langer und gründlicher Debatte wurde der Antrag durch Abstimmung zum Beschlusse erhoben und dem Magistrate zur weiteren Verfolgung übergeben. Magistrat und Stadtverordnete haben deshalb gestern außerordentliche Sitzungen abgehalten. Der Gegenstand hat, wie leicht zu erwarten stand, eine stürmische Debatte veranlaßt und die verschiedenartigsten Ansichten hervorgerufen. Nach mehrstündigem Prinzipienkampfe hat man sich endlich in beiden Collegien dahin geeinigt, bei der königl. Regierung hierselbst anzufragen, **ob sie sich der Ansicht, welche der Oberpräsident unserer Provinz, Herr Pinder, in Nr. 271 der gestern in Breslau ausgegebenen drei Zeitungen in Betracht der Steuerverweigerung ausgesprochen, anzuschließen gedenke, oder ob sie dem unkonstitutionellen Verfahren des Ministeriums Brandenburg-Manteuffel ihre Ansicht schenke.** Wird sind in der That gespannt auf die Antwort, welche die Regierung den Fragstellern ertheilen wird. Nach der Ansicht, welche wir von der Meinung der meisten Räthe gewonnen haben, dürfte es uns heute schon möglich sein, dieselbe genau niederschreiben zu können, wenn wir es nicht verschmähten, der Zukunft vorzugreifen.

---

* **Hirschberger Thal**, 18. November. [Eines Nordscheins] von solcher Intensivität und solcher Ausbreitung, wie wir ihn gestern Abend gesehen haben, wissen sich die ältesten Leute hier nicht zu erinnern. Das ganze Himmelsgewölbe, von einem Horizont zum andern, glich einer großen schönen Purpurdecke, deren rother Wiederschein sich auf dem Schnee, womit die Häuser und Fluren überzogen sind, abspiegelte. Das prachtvolle Phänomen dauerte von halb 10 bis nach 11 Uhr, und so allmählig, wie es entstanden war, verschwand es auch wieder. Ich habe im Laufe des heutigen Tages mehrfach Gelegenheit gehabt, die Wahrnehmung zu machen, daß der gemeine Mann die imposante Naturerscheinung für ein sicheres Anzeichen von Krieg und Blutvergießen hält. Die gegenwärtigen Zeitverhältnisse sind allerdings geeignet, das Volk in diesem Aberglauben zu befestigen.

---

§§ **Hirschberg**, 19. November. [Verstärkte Einquartierung. Militärische Vorsichtsmaßregeln.] In voriger Nacht ist die 7. Kompagnie des 10. Linienregiments aus Oyas bei Liegnitz auf vierspännigen Wagen hier eingetroffen. In Folge dessen zirkulirt unter der hiesigen Bürgerschaft heute ein Protest gegen die Ueberfüllung unserer Stadt mit Truppen, der bereits eine große Anzahl von Unterschriften zählt. — Dem Hauptmann der hier liegenden 2. Kompagnie der 5. Jäger-Abtheilung war das Gerücht zu Ohren gekommen, als beabsichtigten hiesige Einwohner, den Jägern heimlich ihre Waffen zu entwenden; er hat deshalb Befehl gegeben, daß kein Jäger mehr ohne sein Gewehr ausgehen darf. Eben so sind bei dem Zeughause hierselbst die Wachen vervielfältigt worden, weil es hieß, das Landvolk habe den Plan, das Zeughaus zu stürmen, um sich Waffen zu verschaffen. Leider fehlt es hier nicht an Leuten, die den Soldaten gegen den Bürger durch allerlei Mittel einzunehmen sich die unselige Mühe geben.

* **Schweidnitz**, 19. Nov. [Plakat. Verfügungen der königl. Kommandantur.] Gestern lasen wir ein Plakat an den hiesigen Straßenecken, unterzeichnet vom Magistrat und den Stadtverordneten, worin dieselben anzeigen, daß die Kommandantur die Kommunalbehörde benachrichtigt habe, es sei bei Nachtzeit auf militairische Posten in den Außenwerken scharf geschossen worden, und sie werde daher den Befehl ertheilen, daß die Wachtposten Jedem, der sich bei Nachtzeit ihnen in verdächtiger Absicht nahe, ohne sich durch die militairischen Erkennungszeichen ausweisen zu können, arretiren und im nöthigen Falle von der Schußwaffe Gebrauch machen sollten. Diese Bekanntmachung gab zu vielfachen Betrachtungen Anlaß; man findet diese Maßregel gerechtfertigt, wenn militairische Posten wirklich attaquirt worden sind. Daß am Abende des 17. in den Vorstädten geschossen worden ist, unterliegt keinem Zweifel, da in der Stadt die Schüsse gehört worden sind, Manche aber meinen, die Schüsse seien von Bewohnern der Stadt oder Vorstädte geschehen, die von der Jagd heimkehrend, ihre Gewehre hätten entladen wollen. — Durch die gestern Mittag ausgegebenen Obrigkeitlichen Bekanntmachungen ist das Publikum benachrichtigt worden, daß fortan die Thore der Stadt, um 8 Uhr Abends dem Verkehr verschlossen werden sollten mit Ausnahme des striegauer und des Niederthores, welche, wie bisher, erst um 10 Uhr gesperrt werden sollen. Durch diese Verfügung wird die sehr bewohnte und mit der Stadt in enger Verbindung stehende Kirchvorstadt, da der Schluß der Kirchpforte gleichfalls um 8 Uhr erfolgt, um zwei Stunden früher als bisher von der Stadt abgesperrt, eine Maßregel, deren Durchführung vor zwei Jahren ersucht wurde, aber großen Mißmuth der Bewohner hervorrief und alsbald wieder rückgängig gemacht wurde. Durch diese Verfügung werden Bürger in ihrem Nahrungsbetriebe gestört, und den Bewohner jenes Stadttheils, um den Verkehr mit der Stadt herzustellen, zugemuthet, den weiten Umweg auf zum Theil nicht erleuchteten, bei ungünstiger Witterung äußerst schmutzigen Straßen nach dem striegauer oder Niederthor zu machen. Die Kommandantur hat die Beweggründe zu diesem zeltigen in Friedenszeiten ganz außergewöhnlichen Thorschluß nicht veröffentlicht, und man erschöpft sich in vielen Muthmaßungen.

---

* **Neisse**, 19. Nov. [Sicherheitsmaßregeln in der Festung. — Ein permanenter Sicherheitsausschuß vom Magistrat abgelehnt. — Truppenabmarsch. Große Geldsendungen auf der Post. — Nachfrage nach Waffen für die Landbewohner.] Es sind in hiesiger Festung jetzt ebenfalls Ausnahmsmaßregeln in Beziehung auf die Sicherheit des Platzes bei Nachtzeit von der königlichen Kommandantur angeordnet worden. Vom 20. d. M. ab werden bis auf Weiteres alle Thorpassagen um 9 Uhr des Abends gesperrt und nur einzelne Fußgänger dürfen zwischen 9 und 10 Uhr ohne Erlaubnißkarte die Thore passiren. Nach 10 Uhr sollen nur diejenigen in die Stadt gelangen, welche mit einer Erlaubnißkarte von der königlichen Kommandantur versehen sind. Bei diesen Anordnungen erscheint es zweifelhaft, wie es mit Reisenden gehalten werden soll, welche erst nach 10 Uhr nach dem Eintreffen des Dampfzuges in Bösdorf hier anlangen können, da doch solche nicht mit einer Passirkarte versehen sein können. — In einer Sitzung des hiesigen demokratischen Klubbs, bei der sich viele Bürger und Stadtverordnete der Stadt eingefunden hatten, wurde eine Deputation von über zwanzig hiesiger Einwohner erwählt, um bei dem Magistrat anzufragen, ob er gesonnen sei, bei der jetzigen Unsicherheit des Rechtszustandes einen permanenten Sicherheitsausschuß mit Zuziehung von Vertrauensmännern aus der Bürgerschaft zu bilden; der Magistrat hat auf diese Anfrage verneinend geantwortet und den dieserhalb gestellten Antrag abgelehnt. — Gestern ist hier eine Ordre des General-Kommandos vom sechsten Armee-Korps eingegangen zum Abmarsch von Pionnieren nach Breslau und noch mit dem Abend-Dampfzuge ist eine ganze Kompagnie Pionnjere zur technischen Hülfsleistung für die übrigen Truppen dahin befördert worden. Bis Bösdorf haben diese Soldaten noch marschiren müssen, da die Bahnstrecke zwischen hier und Bösdorf — auf welcher neuerdings täglich schon Probefahrten stattfinden — dem Verkehr für das Publikum noch nicht übergeben ist. Die Eröffnung dieses Theils der Neisse-Brieger Bahn ist in diesen Tagen zu erwarten. — Auf der Post kommen wiederholt sehr bedeutende Geldsendungen besonders des Abends für die hiesige oberste Militär-Behörde an und hat dieselbe jetzt schon, so weit man

dies durch Postsendungen nachrechnen kann, eine ganz namhafte Summe in Verwahrung. — Von Seiten der nach der Stadt kommenden Landbewohner ist große Nachfrage nach Flinten und Büchsen. Es tritt die Absicht, sich auch auf dem Lande zu bewaffnen, immer deutlicher hervor.

* **Glogau**, 19. Nov. [Beschlüsse der Kommunalbehörden und des Rustikal-Vereins.] Unsere Stadtverordneten haben in einer außerordentlichen Versammlung fast einstimmig beschlossen, der von der National-Versammlung beschlossenen Steuerverweigerung Folge zu geben, und den Magistrat aufzufordern, die dazu nöthigen Maßregeln zu treffen.

In einer an die National-Versammlung gerichteten Petition verlangen dieselben ferner:

1) daß dieselbe ihre Berathungen fortsetze, und wenn dieses in Berlin nicht möglich sei, ihren Sitz nach einer andern Stadt verlege.
2) daß dieselbe alle Beamten anweise, dem hochverrätherischen Ministerium Brandenburg nicht mehr Folge zu leisten.

In der heute abgehaltenen Sitzung des Rustikal-Vereins, in welcher 150 Gemeinden des Kreises vertreten waren, wurde gleichfalls einstimmig beschlossen: die Steuerverweigerung auszuführen. Die Steuern pro Dezember sollen gar nicht abgeführt (?), die pro November von den Gerichtsscholzen schon eingehobenen, aber an das Steueramt noch nicht abgeführten, den Steuerpflichtigen wieder zurück gegeben werden. (?)

Oberschlesische Eisenbahn.

In der Woche vom 12. bis 18. November d. J. wurden befördert 5570 Personen und eingenommen 9,670 Rtlr.

Neisse-Brieger Eisenbahn.

In der Woche vom 12. bis 18. November d. J. wurden befördert 878 Personen und eingenommen 749 Rtlr.

Krakau-Oberschlesische Eisenbahn.

In der Woche vom 6. bis 12. November d. J. wurden befördert 987 Personen, 9589 Ctr. Güter und eingenommen 1585 Rtlr.

Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn.

In der Woche vom 12. bis 18. November d. J. wurden befördert 2424 Personen und eingenommen 2431 Rtlr. 15 Sgr.

(Berichtigung.) In dem letzten Referate über die Audienz der Glogauer Deputirten bei Sr. Majestät muß es heißen: fünf statt drei Deputirte.

Inserate.

Auf vielseitig ausgesprochene Wünsche wird nachstehende Uebersicht der bis zum 4. d. M. einschließlich auf die freiwillige Staats-Anleihe geleisteten Beiträge zur öffentlichen Kenntniß gebracht:

Provinz.	Regierungs-bezirk.	Einzeln. Rtlr. Sgr. Pf.	Summa. Rtlr. Sg. Pf.
1) Preußen	1. Königsberg	199,815 12 —	
	2. Gumbinnen	70,029 16 4	
	3. Danzig	347,425 14 —	741,007 26 4
	4. Marienwerder.	123,737 14 —	
2) Pommern	5. Köslin	97,089 3 —	
	6. Stettin	564,947 2 —	993,350 2 —
	7. Stralsund	331,313 27 —	
3) Posen	8. Posen	111,587 5 —	161,984 15 —
	9. Bromberg	50,397 10 —	
4) Schlesien	10. Breslau	676,817 10 —	
	11. Liegnitz	302,311 13 —	1070454 16 —
	12. Oppeln	91,325 23 —	
5) Brandenburg.	13. Potsdam	461,823 19 9	887,868 9 —
	14. Frankfurt	426,044 19 3	
6) Sachsen	15. Magdeburg	874 100 15 9	
	16. Merseburg	679,444 3 10	1746286 9 7
	17. Erfurt	192,741 20 —	
7) Westfalen	18. Minden	229,272 16 6	
	19. Münster	175,304 26 —	765,680 9 10
	20. Arnsberg	361,102 27 4	
8) Rheinprovinz.	21. Düsseldorf	632,986 15 —	
	22. Köln	379,015 5 —	
	23. Koblenz	116,016 23 9	1286032 26 9
	24. Aachen	94,989 22 —	
	25. Trier	63,024 21 —	
		Summa	7,652,664 24 6

Rechnet man hierzu die mit Einschluß der Einnahme der Haupt-Seehandlungskasse in Berlin direkt geleisteten Einzahlungen im Betrage von zusammen . . . . 3,036,122 5 —
welche sich etwa wie folgt vertheilen:

	Rtlr. Sgr. Pf.
a) Einzahlungen für Rechnung auswärtiger Darleiher aus den verschiedenen Provinzen circa	611,000 — —
b) von dem Haupt-Münz-Comtoir für das, sowohl von Hiesigen als Auswärtigen an dasselbe eingelieferte verarbeitete Silber in geprägtem Courant geleistete Zahlungen	588,812 19 —
c) würden für hiesige Darleiher bleiben	1,836,309 16 —
sind obige	3,036,122 5 —

so beträgt die gesammte Einnahme an freiwilligen Darlehnen bis zum obigen Tage einschließlich 10,688,786 29 6

Berlin, den 15. November 1848.

Finanz-Ministerium.
Im Allerhöchsten Auftrage:
Kühne.

In den gegenwärtigen Verhältnissen halte ich mich für verpflichtet, die Richtschnur meines dienstlichen Handelns bestimmt auszusprechen.

Dem Sr. Majestät dem Könige geleisteten Eide unverbrüchlich treu, erkenne ich die Befehle jedes von Allerhöchstdenenselben eingesetzten Ministeriums, mithin, da Se. Majestät ohne Zweifel die Wahl der Mitglieder des Ministeriums frei stehet, auch das Ministerium Brandenburg an, und kann mich pflichtgetreu nur nach dessen Anweisungen und nach keinen anderen Erklärungen richten, mithin auch der Steuerverweigerungs-Erklärung eines Theiles der Abgeordneten zur National-Versammlung keine Folge leisten.

Eine Verweigerung der Steuern, das Aufhören der Einnahme der Staats-Kasse muß unausbleiblich auch das Aussetzen der Ausgaben zur Folge haben.

Es müßten daher, um nur einiger dringender Ausgaben zu erwähnen, die Chaussee-Arbeiten, welche unerläßlich sind, um die Straßen in fahrbarem Zustand zu erhalten; die Oder-Dammbauten, welche beeilt werden müssen, um möglichen großen Verheerungen der angrenzenden Gegenden, bei einem künftigen Eisgange vorzubeugen, die Straßenbauten, welche unternommen werden, um brodlosen Arbeitern und Webern Unterhalt zu gewähren und in hiesiger Stadt die Arbeiten bei dem Bau des Stadtgerichts und des Inquisitoriats, bei welchem Hunderte von sonst unbeschäftigt bleibenden Arbeitern angestellt sind, eingestellt werden, und dies zu einer Zeit, wo es gerade am dringendsten ist, bei dem bevorstehenden Winter den Arbeitern noch so lange als es irgend möglich ist, Verdienst zu gewähren.

So müssen Hunderte von bedürftigen Familien-Vätern durch einen Konflikt zwischen dem Ministerium Brandenburg und der National-Versammlung leiden, welche gewiß selbigen nicht veranlaßt haben.

Den Abgabenpflichtigen hilft aber auch die Steueraussetzung nichts, sondern schadet ihnen vielmehr, weil die Steuern doch nachgezahlt werden müssen.

Eine Steuerverweigerung benachtheiligt daher unmittelbar weniger das Ministerium als das Volk, und ich kann daher eben so wenig nach meiner Amtspflicht als im Interesse der Bevölkerung des hiesigen Regierungs-Departements, welches ich in meinem Wirkungskreise stets wahrzunehmen mich bestrebt habe, eine Steuerverweigerung zulassen.

Ich wende mich nunmehr mit der Sprache des Herzens, welche in unserm alten ehrwürdigen Breslau stets Anklang findet, an die Bürgerschaft und sämmtliche Einwohner der Stadt mit der herzlichen Bitte, ein Jeder in seinem Wirkungskreis und nach seinen Kräften zur Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung redlich mitzuwirken, und mehr dem wohlmeinenden Rathe eines alten Freundes, als den Eingebungen Fremder Gehör zu geben, welche als Fremde unmöglich ein gleiches reges Interesse an dem Wohle unserer geliebten Vaterstadt nehmen können.

Meine besonders dringende Aufforderung und Bitte richte ich an die Mitglieder der achtungswerthen Bürgerwehr Breslaus. Sie haben in einer Reihe von fast acht Monaten mit regem Eifer die Sicherheit der Personen und des Eigenthums geschützt, so daß mit Ausnahme eines unglücklichen Zufalles, der Verlust keines Menschenlebens zu beklagen und Niemand einen irgend erheblichen Schaden an seinem Vermögen erlitten hat.

Es ist nicht zu läugnen und muß anerkannt werden, daß es hart und in die Dauer schwer zu ertragen ist, wenn der Familienvater nach angestrengter Arbeit des Tages, des Abends, anstatt in der Mitte der Seinigen einige Stunden wohlverdienter Erholung zu genießen, unaufhörlich allarmirt wird und seine Abende oft bei schlechtem Wetter auf der Straße zubringen muß. Streben Sie aber, den durch so viele Anstrengungen erworbenen Ruhm zu behaupten, welcher verdunkelt werden würde, wenn auch nur ein einziges Mal der Schutz der Bürgerwehr nicht genügen sollte. Erwägen Sie, daß grade in der Bürgerwehr eine Bürgschaft des ruhigen gesetzlichen Fortschreitens unserer konstitutionellen Freiheit liegt. Erwägen Sie, daß zwar die Anforderungen, welche an Sie gemacht werden, beschwerlich sind, daß aber, wenn Sie diesen Anforderungen treu genügen, der Dank der Ihrigen, unserer Vaterstadt, des gesammten Vaterlandes und das eigene Bewußtsein redlicher Pflichterfüllung, welches Sie auch in Ihren spätern Jahren begleiten wird, Ihr wohlverdienter Lohn und der Preis Ihrer Anstrengungen sein wird.

Erwägen Sie Vorstehendes, und Sie werden die Ueberzeugung aller Wohlgesinnten rechtfertigen, daß unter allen, auch den anscheinend gefährlichsten Verhältnissen, Breslaus Bürgerwehr Ihre und der Stadt Ehre bewahren, und ohne andern Beistand gesetzliche Ruhe und Ordnung, Sicherheit der Personen und des Eigenthums zu schützen, bereit und im Stande ist. — Breslau, den 20. November 1848.

Der Regierungs-Präsident
Frhr. v. Kottwitz.

Bischöfliche Ermahnung.

Es ergeht seit einigen Tagen der Aufruf durch das Land, der Regierung Sr. Maj. des Königs die gesetzlich aufgelegten Steuern zu verweigern. Bei der Zumuthung zu einem so folgenreichen Schritte fragt der gläubige Christ vor Allem sein Gewissen, das ihn auch als Staatsbürger bindet; der Katholik aber, wenn ihm unter besonderen Umständen die Erfüllung seiner Pflichten Zweifel erregt, fragt seine Kirche, das in ihr göttlich eingesetzte Lehramt.

Da nun die gegenwärtigen Zeitverhältnisse so beschaffen sind, daß in der allgemeinen Verwirrung der Begriffe von Recht und Pflicht und in der Aufregung, welche die politischen Ereignisse mit sich bringen, auch mancher Gläubige über die Pflicht der Steuerzahlung schwankend und zweifelhaft geworden sein mag und daher eine oberhirtliche Belehrung ihm zur Beseitigung seiner Gewissenszweifel willkommen sein wird, so erkläre ich hiermit vor Gottes Angesicht und vor aller Welt:

daß, da Se. Majestät der König nicht aufgehört hat, unser rechtmäßiger König, d. h. unsere von Gott gesetzte Obrigkeit zu sein, die Pflicht des Gehorsams gegen ihn, und insbesondere die Pflicht der Fortentrichtung der gesetzlichen Steuern an die dazu bestellten königlichen Behörden, für jeden katholischen Christen eine unzweifelhafte heilige Gewissenspflicht ist, nach dem ausdrücklichen Ausspruche des Herrn, da Er auf die gleiche Anfrage (Marc. 12, 13—17):

„Ist es erlaubt, dem Kaiser Zins zu geben, oder sollen wir ihn nicht geben?" entschiedend antwortete: „Gebet dem Kaiser, was des Kaisers ist", und nach der Ermahnung des Apostels (Röm. 13, 7): „Gebet also Jedem das Schuldige, Steuer wem Steuer, Zoll wem Zoll, Ehrfurcht wem Ehrfurcht u. s. w. gebührt."

Die Pflicht der Steuerzahlung kann daher ohne sündhaften Ungehorsam gegen diese Aussprüche Christi, unseres göttlichen Gesetzgebers und seines Apostels, nicht außer Acht gelassen werden, und ich ermahne daher alle meine Diözesanen im Namen des dreieinigen Gottes, sich in Erfüllung dieser Pflicht nicht beirren zu lassen; ich ermahne Sie, dem Könige zu vertrauen, daß er die seinem Volke gemachten Zusagen gewissenhaft erfüllen werde, und in der Treue gegen ihn unwandelbar zu beharren.

„Denn seine königliche Gewalt ist von Gott an-
„geordnet und wer sich ihr widersetzt, der wider-
„setzt sich der Anordnung Gottes und die sich
„widersetzen, ziehen sich selbst die Verdammniß zu."

Das ist nicht meine, sondern des Weltapostels göttliche Lehre (Röm. 13, 12). Ich aber würde Verrath an meiner Pflicht üben und meinen heiligen Eid brechen, wenn ich sie nicht bei diesem Anlasse allen, meiner Hirtensorge Empfohlenen, laut und nachdrücklich, wie ich es hiermit thue, einschärfte, im Uebrigen auf das Hirtenschreiben verweisend, welches ich zum Anfange des neuen Kirchenjahres bereits erlassen habe.

Gegeben Breslau, den 18. Nov. 1848.

Melchior Frhr. v. Diepenbrock,
Fürstbischof.

Seit dem 18ten d. M. Mittags bis zum 20sten d. M. Mittags sind nach amtlicher Meldung an der Cholera 2 Personen erkrankt, 1 Person gestorben und 1 genesen.

Breslau, den 20. November 1848.
Das königliche Polizei-Präsidium. Kuh.

Bekanntmachung.

Vom 21. November d. J. an werden, behufs der Legung von Wasserleitungsröhren der Theil der Albrechtsstraße von der Schuhbrücke bis zur Bischofsstraße, und der Theil der Altbüßerstraße von der Ohlauerstraße bis zur Kupferschmiedestraße, auf einige Tage für Fuhrwerk gesperrt bleiben.

Breslau, den 20. November 1848.
Königliches Polizei-Präsidium.

Die hier wohnenden Herren Kandidaten des evangelischen Predigtamtes ladet Namens unserer städtischen Kircheninspektion zu amtlicher Besprechung ihrer Personalien unter Beibringung ihrer Zeugnisse für die mittleren Tage dieser und der künftigen Woche des Morgens zwischen 8 und 10 Uhr oder Nachmitags von 3 bis 4 Uhr in seiner Behausung, Herrenstraße Nr. 21, ein: der Pastor Rother.

Breslau, den 18. November 1848.

Es ist hiesigen Orts ein

Verein zur Erhaltung der gesetzlichen Ordnung

zusammengetreten, der es sich zur Aufgabe gestellt hat, die städtischen Behörden auf das Kräftigste bei Aufrechthaltung der gesetzlichen Ordnung zu unterstützen.

Jeden unserer Mitbürger, der den wahren Willen hat, seine Kräfte dem bezeichneten Zwecke zu widmen, laden wir hierdurch zur Theilnahme ein.

Versammlungen des Vereins finden jeden Abend 5 Uhr im Erdgeschoß des Börsengebäudes statt.

Der Beitritt wird durch Namensunterschrift erklärt. Die Bogen hierfür liegen am Versammlungsorte aus.

Breslau, den 20. November 1848.

Die Vorsitzenden.

Handelskammer.

Die Mitglieder und Stellvertreter der provisorischen Handelskammer ersuche ich,

Dinstag den 21. November Nachmitt. 4 Uhr in dem Courslokale des Börsengebäudes

sich gefälligst versammeln zu wollen.

Zu den wichtigeren Vorlagen gehören:

1. mehrere Zuschriften in Sachen der Regulirung des Strombettes der Oder;
2. Bericht über die Lage des Projektes der Einrichtung einer Kornbörse;
3. das Verfahren bei Ermittelung und Notirung der Preise des im Marktverkehre umgesetzten Getreides;
4. Erleichterungen im Heringshandel;
5. Berathung über die Maßnahmen zur Bewirkung gleichzeitiger Ablieferung der Begleitscheine der ankommenden Transitgüter mit diesen auf dem Packhofe.

Breslau, den 17. November 1848. Molinari.

Auch von hier ist folgende Erklärung an die hohe National-Versammlung zu Berlin abgesandt worden:

Hohe National-Versammlung!

Der Adresse des konstitutionellen Central-Vereins zu Breslau vom 10. November 1848 treten auch wir Unterzeichneten aus vollster Ueberzeugung bei.

Königshütte, in Oberschlesien, 13. Novbr. 1848.

Folgen 33 Unterschriften. Gegen 70 Personen hatten bereits einer weitergehenden Adresse ihre Unterschrift gegeben.

Der gestern von Kreuzburger Einwohnern an die National-Versammlung in Berlin gesendeten anerkennenden Adresse trete ich bei.

Constadt, den 17. November 1848.

Leonhardt, OLG.-Assessor aus Kreuzburg.

Nachstehende Erklärung hat der konstitutionelle Verein zu Gorkau einem hohen Ministerio überreicht:

Der konstitutionelle Verein zu Gorkau findet in der abgegebenen Erklärung derjenigen Glieder der zur Vereinbarung der Verfassnng berufenen Versammlung, welche am 9. November, nach erfolgter Vertagung, dieselbe verließen, den allein richtigen Ausdruck wahrhaft konstitutioneller Gesinnung. Der Verein erkennt nicht allein das Recht der Krone an, sondern auch deren heilige Pflicht, die Versammlung von Berlin zu verlegen. Es durfte die Krone jenem Terrorismus nicht länger ruhig zusehen, welcher die Freiheit der Beschlüsse der Versammlung gefährdete, ja selbst die Vertreter der Krone Mißhandlungen Preis gab.

Der konstitutionelle Verein zu Gorkau.

Der oberschlesische Verein zum Schutz des Grundeigenthums versammelt sich Sonntag den 26sten d. M. Vormittags 11½ Uhr zu Bahnhof Kosel (Kandrzyn). Bei jetzigen Zeitverhältnissen bedarf es kaum der Aufforderung an alle Mitglieder, sich vollzählig einzufinden. Es sind die wichtigsten Beschlüsse zu fassen.

Der Vorstand.

Aufruf an alle Handwerker, Meister und Gesellen der Provinz Schlesien.

Direktorium und Comité des Central-Vereins zur Reorganisirung des Handwerkerstandes von Schlesien hat beschlossen, auf **Montag den 27. November** den

zweiten Provinzial-Handwerker-Tag

zusammenzuberufen. Die von ihren Kreisen, Städten oder Gewerken bevollmächtigten Deputirten! — Handwerker! — werden ersucht, am 25. und 26. November gegen Aushändigung ihrer Vollmachten die Eintrittskarten, ohne welche der Zutritt nicht gestattet ist, auf unserem Bureau, Hummerei 44, par terre, in Empfang zu nehmen.

Die wichtigen Mittheilungen und Vorlagen, die zu machen sind und über die berathen und beschlossen werden soll, lassen uns auf eine zahlreiche und des Handwerkerstandes von Schlesien würdige Betheiligung rechnen.

In Nr. 3 der Handwerker-Zeitung wird das Programm des Handwerkertages enthalten sein.

Das Direktorium
des Central-Handwerker-Vereins für Schlesien.
A. Rother. Ludewig. Möcke. Löschburg.

Theater-Nachricht.

Dinstag, zum 2ten Male: **„Das Sonntagsräuschchen.“** Original-Lustspiel in einem Akt von Wilhelm Floto. — Hierauf: **„Die Schwestern.“** Lustspiel in einem Akt nach Barin von L. Angely. — Zum Schluß: **„Die weibliche Schildwache.“** Liederspiel in einem Akt, Musik arrangirt von E. Stiegmann.

Verbindungs-Anzeige.
(Verspätet.)

Die am 8. November stattgehabte eheliche Verbindung unserer Tochter Emma mit dem Fabrik-Inspektor Herrn Gebauer in Wallisfurth zeigen wir Freunden und Verwandten, statt besonderer Meldung, ergebenst an.

Niedersteine, am 16. November 1848.

Dr. Sauermann und Frau.

Als ehelich Verbundene empfehlen sich:
E. F. Gebauer.
Emma Gebauer, geb. Sauermann.

Verbindungs-Anzeige.
(Statt jeder besondern Meldung.)

Die am 16ten d. M. stattgefundene eheliche Verbindung meiner Tochter Minna mit dem königlichen Walzmeister Herrn Leder beehre ich mich Verwandten und Freunden hiermit anzuzeigen.

Königshütte, 17. November 1848.

Heller.

Entbindungs-Anzeige.

Gestern Nacht halb 12 Uhr beschenkte mich meine liebe Frau Emilie, geb. Paar, mit einem gesunden Mädchen.

Breslau, den 20. Novbr. 1848.

Theodor Görlitz.

Entbindungs-Anzeige.

Heute wurde meine liebe Frau, Louise geb. v. Ahlefeldt, von einem gesunden und starken Mädchen glücklich entbunden.

Sagan, den 18. November 1848.

Kläbisch,
Ober-Landesgerichts-Assessor und Spezial-Kommissarius.

Entbindungs-Anzeige.

Die heut um 9 Uhr erfolgte glückliche Entbindung meiner lieben Frau Anna, gebornen von Schweinichen, von einem kräftigen Mädchen, zeige ich, statt besonderer Meldung, befreundeten Bekannten ergebenst an.

Tscheschen, 18. November 1848.

Pavel.

Todes-Anzeige.

Gestern Morgen 7 Uhr entschlief sanft an einem Rückfall vom Nervenfieber unsere geliebte Frau und Mutter Rosamunde, geb. v. Galen. Dies zeigen wir, um stille Theilnahme bittend, tief betrübt allen unseren Freunden und Bekannten ergebenst an.

Dambitsch, den 17. November 1848.

Mayer, als Gatte.
Maria Mayer, } als
Amanda Mayer, } Kinder.

Todes-Anzeige.

Den 15ten d. M. Abends 7½ Uhr endete ohne vorhergegangenes Unwohlsein ein Nervenschlag plötzlich das Leben unseres innig geliebten hochverehrten Mannes, Vaters, Schwiegervaters und Großvaters, des königl. Oberst-Lieutenant a. D., Ritter des eisernen Kreuzes 1ster Klasse und vieler andern Orden, Herr Leopold John, am Vorabend seines 72sten Geburtstages. Dies zeigen tief betrübt statt jeder besondern Meldung an:

Die Hinterbliebenen.

Gleiwitz, 17. November 1848.

Todes-Anzeige.

Heute entriß uns der unerbittliche Tod unser jüngstes, geliebtes Söhnchen, Namens Claus, in einem Alter von dreizehn Monaten, an Durchbruch der Zähne.

Breslau, 19. November 1848.

Justiz-Rath v. Uckermann
und Frau.

Todes-Anzeige.

Heute Morgen um 5 Uhr entschlief sanft nach langem Leiden unser liebes Söhnchen Oswald in dem zarten Alter von 9 Monaten. Dieses zeigen allen Verwandten und Bekannten, um stille Theilnahme bittend, hiermit an.

Jackschönau, den 19. November 1848.

Julius Schröder und Frau.

Todes-Anzeige.

Am heutigen Tage entschlief nach einem kurzen Krankenlager in Folge eines nervösen Fiebers, unser Bürgermeister August Groke in einem Alter von 35½ Jahren. Unterzeichnete verlieren in demselben einen in seinem Berufe thätigen und achtungswerthen Mann, welche Anerkennung wir demselben öffentlich aussprechen.

Constadt, 18. November 1848.

Der Magistrat und die Stadtverordneten-Versammlung.

Todes-Anzeige.

Nach langen schmerzhaften mit Engelsgeduld getragenen Leiden, endete Sonnabend früh den 18. November ein Blutstuz das pflichtgetreue, die Seinigen so sehr beglückende Leben unseres ältesten Sohnes Oswald Sander, im 23. Jahre, Zögling des politechnischen Institutes zu Berlin; er starb daselbst in den Armen seiner treuen Tante. Dies zeigen statt besonderer Meldung allen Verwandten und Freunden hiermit an, die tief betrübten Eltern.

Amtsrath Sander und Frau.

Todes-Anzeige.

Ein sanfter Tod endete am 18. d. Mts. das lange schwere Leiden meiner theuern Gattin Karoline, geb. v. Teichmann. Tief betrübt zeige ich dies allen Verwandten und Freunden, statt jeder besonderen Meldung, mit der Bitte um stille Theilnahme, an.

Medzibor, den 19. November 1848.

Redtel,
Hauptmann a. D.

Section für Obst- und Garten-Cultur.

Mittwoch den 22. November, Abends 6 Uhr. Erledigung einer Anfrage des Liegnitz-Jauerschen Gärtner-Vereins, Mittheilung eingegangener Berichte über ausgetheilte Sämereien, und Wahl des zur künftigen Promenaden-Verwaltungs-Kommission noch nöthigen 3ten Mitgliedes.

Alle an mich zu richtenden Briefe ersuche ich von heute ab nicht mehr per Friedland O. S. sondern per Falkenberg zu adressiren.

Schaderwitz, den 18. Novbr. 1848.

Heinrich Lorentz,
Oekonomie-Inspektor und General-Bevollmächtiger meines Vaters, des Rittergutsbes. und Lieutenant Lorentz in Gnadenfrei.

Verloren.

Es ist vorgestern Abend die Hälfte einer stählernen Säbelscheide verloren gegangen. Man bittet dieselbe gegen eine angemessene Belohnung auf dem Wehr-Amte abzugeben.

Breslau, den 20. November 1848.

Oeffentliche Bekanntmachung.

Der minderjährige Moritz Wilhelm Friedrich Graf von Wylich und Lottum aus Lissa, zur Zeit in Beerbaum bei Neustadt E./W. hat, ungeachtet von Seiten der Vormundschaft hinreichend für seine Subsistenz gesorgt wird, von verschiedenen Personen gegen Ausstellung von Wechseln Geld erhoben und von Andern Waaren auf Credit entnommen.

Um diesem Schuldenmachen entgegen zu wirken und das Publikum ver Schaden zu bewahren, finden wir uns veranlaßt, hierdurch öffentlich bekannt zu machen, daß wir Schulden, welche der unter unserer Obervormundschaft stehende Graf Moritz Wilhelm Friedrich von Wylich und Lottum ferner kontrahirt, in keinem Falle anerkennen und die bereits kontrahirten nur insofern berichtigen werden, als der Beweis der Verwendung in den Nutzen unseres genannten Kuranden geführt wird, oder besondere Rücksichten für die Bezahlung sprechen.

Diejenigen Gläubiger, welche hiernach glauben auf Befriedigung Anspruch machen zu können, mögen sich unter Beibringung von Beweismitteln mit ihren Forderungen bei dem Vormunde des Grafen Moritz Wilhelm Friedrich von Wylich und Lottum, Justiz-Commissarius Osterroht hierselbst melden.

Breslau, den 15. November 1848.

Königliches Pupillen-Kollegium.

Starke.

Nothwendiger Verkauf.

Das auf dem hiesigen Ringe belegene, im Hypothekenbuche mit Nr. 141 verzeichnete, der Frau Buchhändler Fischer gehörige und auf 6003 Rtl. 25 Sgr. gerichtlich geschätzte Haus, soll am

21. Mai k. J., Vormittags 11 Uhr,

an hiesiger Gerichtsstelle nothwendig subhastirt werden.

Die Taxe und der Hypothekenschein sind in unserer Registratur einzusehen.

Kreuzburg, den 4. November 1848.

Königl. Land- und Stadt-Gericht.

Auktion.

Mit dem heutigen Tage beginnt eine Auktion von **Modeschnittwaaren, Tüchern, Handschuhen, Schleiern, Stickereien, Strümpfen, Westen 2c. 2c.,** Ring- und Ohlauer-Straßen-Ecke in der Krone, erste Etage, Vormittags von 9—12 und Nachmittags von 2—4 Uhr, und wird die darauf folgenden Tage fortgesetzt.

Am 15. Novbr. Abends ist von dem Niederschlesisch-Märkischen Bahnhofe bis zur goldnen Gans ein **Koffer** verloren gegangen. Der freiwillige Finder ist höflichst ersucht, die darin befindlichen Papiere an den Besitzer oben genannten Hotels zu übersenden.

F. W. Dieckmann.

Commissorisches Allerlei. Auf ein bisher noch unverschuldetes schönes Haus im Mittelpunkt der innern Stadt werden zu 5 % Zinsen, aber gegen volle Valuta, 2000 Rthl. zur 1. Hypothek gesucht.

Diverse Wohnungen, bald, zu Weihnachten und zu Ostern, leere und möblirte Stuben, große und kleine Handlungs-Lokalitäten, Hausböden, Hausplätze, ein Absteige-Quartier, mit und ohne Stallung, von jetzt bis Ostern 1849 zu billigem Miethzins.

Diverse Häuser, ein großes Grundstück, nahe am Thor, zu Fabrik-Anlagen, eine renommirte Kaffee- und Landwirthschaft nahe bei der Stadt werden zum billigen Verkauf nachgewiesen vom Kommissionär **E. Selbstherr,** Herrenstraße Nr. 20.

Ein am 18ten d. Mts. Abends auf dem Tauenzienplatze gefundener Rohrstock, kann vom rechtmäßigen Eigenthümer gegen Erstattung der Insertionsgebühren in Empfang genommen werden Mehlgasse Nr. 9, 2 Stiegen, bei Krommschmidt.

Von heute ab verkaufen wir fein raffinirtes Rüböl à 4 Sgr. das Pfund.

F. W. Hübner.
Carl Sievers.
Julius Stern.
F. W. L. Vandels Wwe.
Moritz Werther.

Außerordentlich billiger Verkauf.

$^{10}/_4$ breite wollene Lamas à 13 und 16 Sgr., $^5/_4$ breite Napolitains in vorzüglicher Qualität, à 5 bis 6 Sgr., karrirte Halbmerinos in großer Auswahl à 3 Sgr., Mousseline de laine-Kleider, echte Thibets und Kamlotts in allen Farben, Umschlagetücher in allen Gattungen und Größen zu außergewöhnlich billigen Preisen, abgepaßte schwere Pique-Unterröcke à 20 Sgr. Die modernsten Shawls und Schlipse, schwarze und bunte seidene Herren-Halstücher, und noch sehr viele andere Artikel zu merklich billigen Preisen: Ring Nr. 10 bei **M. B. Cohn,** der Hauptwache gegenüber.

Vente d'une forte partie de Broderies et de Mouchoirs de batiste pendent la foire de Breslau à l'hôtel de „blauen Hirsch" au rez de chaussée.

Für Damen von besonderem Interesse!

Wegen gänzlicher Geschäfts- und Fabrik-Aufgabe soll das Lager feiner französischer Stickereien und ächter Batist-Taschentücher aus Nancy und Paris, **während des Marktes in Breslau im blauen Hirsch, Ohlauer Straße par terre,** zu folgenden außerordentlich billigen Preisen gänzlich ausverkauft werden:

Kleine Kragen von 4, 5, 6, 8, 10, 15 Sgr. bis 4 Thlr.
Elegante Chemisettes von 8, 10, 12, 15, 20 Sgr. bis 3 Thlr.
Pellerinen und Cardinals von 15, 20, 25 Sgr., 1, $1\frac{1}{2}$, 2—5 Thlr.
Batist-Taschentücher f. gestickt v. 12, 15, 20 Sg., 1, 2, 3—15 Thlr.
Batist-Taschentüch. m. neuer Bordüre v. 6, 8, 10, 15, 20 Sg., 1 Thlr.
Negligee-Häubchen i. neust. Façon v. 10, 12, 15, 20, 25 Sg.—3 Thl.
Fein gestickte Manschetten, Aermel, Vorstecke 2c. 2c.
Aechte Brüßler Schleier v. 20, 25 Sgr., 1, $1\frac{1}{2}$, 2, $2\frac{1}{2}$—3 Thlr.
Aechte Brüßler Pellerinen und Echarpes à guipure.
Ganz fein gestickte elegante Gardinen unterm Preis.

Höchst elegant gestickte Ball- und Gesellschafts-Kleider bedeutend unter dem Fabrikpreis.

☞ Die französischen Stickereien zeichnen sich besonders dadurch aus, daß sie auf feinsten Stoffen gearbeitet sind, und daß sie durch die Wäsche durchaus nicht verlieren.

H. S. Bernau, ci-devant Dupuy.

Ein für das höhere Lehrfach qualificirter **Hauslehrer** sucht eine Stellung bei einer einzelnen oder auch bei mehreren Familien. Das Nähere durch die Güte des Institutsvorstehers 2c. Herrn **W. Altmann** in Breslau, Herrenstraße Nr. 20.

Es soll zum **1.** Dezember d. J. ein in der besten Gegend der Stadt belegenes **Bierkeller-Lokal** nebst **Restauration** und Billard anderweitig vermiethet werden. — Die Herren Gebrüder **Friederici,** Ohlauer Straße Nr. 6, werden die Güte haben, hierüber nähere Auskunft zu geben.

Unterzeichnete empfehlen zum Jahrmarkt ihr wohl assortirtes Lager weißer und blauer Glanzzwirne, eigener Fabrik.

Stand Riemerzeile.

J. D. Gruschwitz und Söhne
aus Neusalz a. d. O.

Spiel-Waaren,

in großer Auswahl, empfiehlt, um in diesem Artikel zu räumen, zu den billigsten Preisen:

Moritz Wentzel, Ring Nr. 15.

Achat-Waaren,

in großer Auswahl,

als: Halsbänder, Armbänder, Broschen, Dosen, Kreuzel, Herzel, Pettschafte, Ringe, Chemisett-Knöpfe u. s. w. Elfenbein- und neuen Muschel-Schmuck, in Silber gefaßt, so wie große und kleine gemalte Porzellan-Broschen und dergleichen mehr, empfehle ich zu diesem Markt zu recht billigen Preisen.

Verkaufs-Bude, Naschmarktseite, schrägüber Böhm's Erben.

Holsteiner Austern bei Lange und Comp.

Reusche Straße Nr. 45, eine Stiege hoch, ist ein **Schreibsecretair** billig zu verkaufen; ebendaselbst sind **2 möblirte Stuben** an einzelne Herren zu vermiethen.

Ein sehr einträgliches Geschäft, welches nach Ueberzeugung in Breslau noch mangelt, kann mit 4—500 Rthlr. eingerichtet werden. Unternehmer können die näheren Bedingungen erfahren Antonien-Straße Nr. 1, eine Treppe hoch.

Welsche Nüsse,

frisch und gut, in großer Quantität die Metze 6 Sgr., diverse Packkisten, große Körbe und Roßhaare sind zu haben, Malerstraße Nr. 11, am Elisabetgymnasium. **Adelt.**

Hôtel garni in Breslau,

Albrechtsstraße Nr. 33, 1. Etage, bei **König,** sind elegant möblirte Zimmer bei prompter Bedienung auf beliebige Zeit zu vermiethen.

P.S. Auch ist Stallung u. Wagenplatz dabei.

---

4 vercylindrige,
3 zweicylindrige,
1 achtcylindrige

Salonlampen

von Messing in neuester Façon, noch in sehr gutem Zustande, stehen zum billigen Verkauf im König von Ungarn, Bischofstr. 13.

C. Knappe.

Musketenzündhütchen

empfing wieder **N. Standfuß,**
vorm. D. W. Müller, Ring 7.

Wattirte Strümpfe

das Paar für 8 Sgr., schwarz wollene Strümpfe für 10 Sgr., Unterbeinkleider für 15 und 20 Sgr., gefutterte Hosen für Herren und Damen, gefutterte Unterjacken, feine und starke Patent-Unterjacken, Vigogne-Jacken, auf bloßem Körper zu tragen, für Herren und Damen, empfiehlt:

S. S. Peiser,

Buttermarkt im Leinwandhause, der Friedrichs-Statue gegenüber.

Emaillirte und rohe Gleiwitzer Kochgeschirre sind in allen Nr. vorräthig und empfehlen en gros und en détail:

Strehlow u. Laßwitz,
Kupferschmiedestraße Nr. 16.

Hierdurch beehre ich mich, einem verehrungswürdigen Publiko die ergebene Anzeige zu machen, daß ich meine

Haupt-Niederlage für Schlesien

mit dem Eintritt des Herrn **Herrmann Hammer** in das Geschäft des Herrn

Carl Friedrich Keitsch in Breslau

auch in diese ehrenwerthe Handlung verlegt habe.

Der Herr **Carl Friedrich Keitsch** ist von allen Sorten meiner

Dampf-Chokolade und Gesundheits-Präparate

mit großen Vorräthen versorgt, und auch im Stande, zu den **Fabrikpreisen** zu verkaufen. — Preislisten und Gebrauchsanweisungen werden stets gratis verabfolgt.

Frankfurt a. d. O., im November 1848.

J. G. Mielke,
Dampf-Chokoladen-Fabrik-Besitzer.

Mit Bezug auf vorstehende Annonce empfehle ich meine **Haupt-Niederlage** der so außerordentlich beliebten **Dampf-Chokolade** aus der Fabrik des Herrn **J. G. Mielke** in **Frankfurt a. d. O.,** und bemerke zugleich, daß ich nach dem Preis-Courant und mit dem üblichen Fabrik-Rabatt an Wiederverkäufer verkaufe.

Breslau, im November 1848.

Carl Friedrich Keitsch,
Stockgasse Nr 1.

Zum gegenwärtigen Jahrmarkt so wie zu Weihnachts-Einkäufen empfehle ich mein sehr reichlich assortirtes Waaren-Lager dem geehrten Publikum zur ganz besonderen Berücksichtigung. — Ganz besonders mache ich auf nachgenannte Gegenstände aufmerksam, ihrer Preiswürdigkeit wegen: schwarz Mailänder Glanz-Taffte und bunt gestreifte Seidenstoffe à 15 Sgr., eine Partie gestreifte seidene Kleider, 19 Ellen für 7 Thlr., Mousseline de Laine-Roben à 3 und türkische à $3\frac{1}{2}$ Thlr., ächte Cachemir-Roben, reine Wolle, für 8 Thlr., Barège-Roben 20 Ellen von 4 Thlr., Kattune und Umschlage-Tücher zu festen Fabrikpreisen.

Weisler,
Schweidnitzer- und Junkern-Straßen-Ecke Nr. 50.

Ungeheuer wohlfeil.

Das Putzgeschäft von W. Lehmann aus Berlin

empfiehlt 500 Stück der schönsten Hüte, in Sammt à 2 Thlr. 10 Sgr., Sammtmanchester 1 Thlr. 5 bis 10 Sgr., Velour, seidne und Atlas, Hauben, Cravatten 2c. Naschmarkt 56, 1 Treppe.

Russische Pelze

empfing einen großen Transport in vorzüglicher Qualität und offerirt dieselben einzeln und in Partien zu den billigsten Preisen:

Jos. Suwald, Pelzwaaren-Handlung, Ring Nr. 38.

Großes Lager fertiger Damen-Mäntel der neuesten Modelles von Seide, Wolle und Halbwolle.

Weisler,
Schweidnitzer- und Junkern-Straßen-Ecke Nr. 50.

Ein Brennerei-Verwalter,

der nicht nur sein Fach, sondern auch die Fabrikation der **Preßhefe** gründlich versteht, sucht eine Stelle, kann sofort antreten und erbittet sich frankirte Adressen unter L. J. durch die Vossische Zeitungs-Expedition in Berlin.

Angekommene Fremde in Zettlitz's Hôtel.

Kammerherr Graf v. Luckner a. Dresden. Generalmajor v. Röder a. Gohlau. Gutsb. Baron v. Bock a. Falkenhain. Gutsb. Pohl a. Pologwitz. Gutsbes. Graf v. Finkenstein a. Kurmark. Direktor Greber aus Berlin. Agent Hild, Bijouteriewaarenhändler Trautner u. Partikulier Bar. v. Thürmer a. Wien. Amtsrath Thaer a. Panthen. Forstkandidat v. Klitzing a. Gräfenberg k.

Gutsbes. Makewitz u. Gesandtsch.-Rath Gr. v. Ordotyn a. Krakau. Gutsbes. Graf Olisar a. Volhynien. Gutsbes. Baron v. Boß a. Mecklenburg. Gutsbes. Baron v. Bock-Hermsdorff a. Hartau. Gutsbes. v. Elsner a. Pilgramsdorf. Gutsbes. Bar. v. Saurma a. Ruppertsdorf. Gutsbes. v. Lebusch aus Würzen. Graf v. Stolberg-Wernigerode a. Wernigerode. Kabinets-Kourier Ridsmay a. Wien. Kaufm. Andrä a. Frankfurt a. M. Kaufm. Saucke a. Pforzheim. Kaufm. Guttmann a. Mainz. Kaufm. Haußmann a. Ratibor. Kaufm. Neuppert a. Zittau. Kaufm. Levemann a. Lennep. Kammergerichts-Assessor Herder a. Königsberg. Gutsbes. Baron v. Linden-Hausdorff a. Dresden.

Breslauer Getreide-Preise
am 20. November.

Sorte:	beste		mittle		geringste	
Weizen, weißer	69	Sg.	54	Sg.	47	Sg.
Weizen, gelber	57	„	52	„	45	„
Roggen......	33	„	30	„	27	„
Gerste.......	25	„	23	„	20	„
Hafer.......	16	„	15	„	14	„

Breslau, den 20. November.

(Amtliches Cours-Blatt.) Geld- und Fonds-Course: Holländische Rand-Dukaten $96\frac{3}{4}$ Br. Kaiserliche Dukaten $96\frac{3}{4}$ Br. Friedrichsd'or 114 Br. Louisd'or 113 Gld. Polnisches Courant $93\frac{1}{4}$ Br. Oesterreichische Banknoten 93 Br. Seehandlungs-Prämien-Scheine 2 Br. Staats-Schuld-Scheine per 100 Rtl. $3\frac{1}{2}$ % $74\frac{3}{4}$ Br. Großherzoglich Posener Pfandbriefe 4 % $95\frac{1}{4}$ Br., neue $3\frac{1}{2}$ % $78\frac{1}{4}$ Br. Schlesische Pfandbriefe à 1000 Rtl. $3\frac{1}{2}$ % $89\frac{1}{12}$ Br., Litt. B. 4 % $91\frac{1}{12}$ Gld., $3\frac{1}{2}$ % $81\frac{1}{3}$ Br. Polnische Pfandbriefe 4 % alte $90\frac{1}{12}$ Gld., neue $90\frac{1}{12}$ Gld. — Eisenbahn-Aktien: Breslau-Schweidnitz-Freiburger 4 % 86 Br. Oberschlesische $3\frac{1}{2}$ % Litt. A. $88\frac{1}{3}$ Br., Litt. B. $88\frac{1}{4}$ Br. Krakau-Oberschlesische $41\frac{1}{12}$ Gld. Niederschlesisch-Märkische $3\frac{1}{2}$ % $67\frac{1}{3}$ Br. Köln-Mindener $3\frac{1}{2}$ % $73\frac{3}{4}$ Gld. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn $38\frac{5}{6}$ Gld. — Wechsel-Course: Amsterdam 2 Monat $142\frac{1}{2}$ Gld. Berlin 2 Monat $99\frac{1}{6}$ Gld., keine Sicht $99\frac{5}{6}$ Gld. Hamburg 2 Monat $150\frac{1}{4}$ Gld., keine Sicht $151\frac{1}{4}$ Br. $150\frac{3}{4}$ Gld. London 3 Monat 6. $25\frac{2}{3}$ Gld.

Druck und Verlag von Graß, Barth und Comp.

Redakteur: Nimbs.